

Gürtel der Volksbote.

Organ für die Interessen der werthältigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagszeitung „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419]

Der „Gürtel der Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsausgabe Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergeschaltete Zeitzeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Anserats für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 143.

Donnerstag, den 22. Juni 1899.

6. Jahrgang.

Genossen! Agitirt rege für die Bürgerschaftswahlen!

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Gürtel der Volksbotes.“)

Berlin, den 20. Juni 1899.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag setzte heute die Berathung der Buchthausvorlage fort. Bebel erhielt zunächst einen Ordnungsruf, weil er gesagt hatte, die Vorlage werde, wenn sie Gesetz werde, Deutschland zur Schmach und Schande gereichen. Der Ausdruck mag in den gräßlich Ballesrem'schen Ohren nicht gut gelingen haben, wahr bleibt er trotzdem. Dann kam Herr von Lebeckow als Sprecher und Führer der Konservativen zum Wort. Herr von Lebeckow ist Regierungsmann sans phrase, in solchen Dingen steht ja auch die ganze reaktionäre Sippschaft hinter der Regierung, und es überraschte nicht, daß er seine unumwundene Zustimmung zur Vorlage ausdrückte. Die Rede des Herrn von Lebeckow war herzlich unbedeutend, kein neuer Gedanke war in ihr enthalten, sie umschrieb die Reden, die wir gestern vom Regierungstisch anhören mußten. Auf der Linken regte man sich deshalb auch nicht auf. Es kam dort kaum zu einem Zwischenruf. Viel gespannter war man auf das Auftreten Dr. Liebers. Die Stellung des Zentrums war ja bis dato ziemlich unklar und man erwartete nun, daß Dr. Lieber die erwünschte Klarheit verbreiten würde. Aber die Hoffnung wurde getäuscht. Herr Lieber sprach viel gegen, aber auch einiges für die Vorlage. Er verlangte eine Erweiterung des Koalitionsrechtes und Anerkennung der Berufsvereine, machte aber anderseits die Sozialdemokratie und ihre angeblichen Ausschreitungen, ihren Terrorismus, für die Einbringung der Vorlage verantwortlich. Immerhin muß anerkannt werden, daß er eine Annahme dieser Vorlage weit von sich wies und auch ein kräftig Wörtlein über die Handhabung unserer Rechtsprechung sagte, so kräftig, daß auch er sich einen Ordnungsruf seines präsidentiellen Parteigenossen zuzog. Das Zentrum stellte für den Herbst die Einbringung eines Gegenentwurfs in Aussicht. Herr Lieber ließ sich aber nicht darüber aus, ob er die zweite Besuch nach vorangegangener Kommissionsberathung oder ohne eine solche wünscht. Ob also die Vorlage morgen an eine Kommission verwiesen wird oder nicht, ist noch zweifelhaft geblieben, weil sich das Zentrum wieder einmal dunkel auszudrücken beliebte. Da war der nächstfolgende Redner, Herr Bassermann, von der nationalliberalen Partei viel deutlicher und offener. Er führte heute einen frischen, fröhlichen Feldzug gegen die Vorlage und erntete lebhaften Beifall auf der ganzen linken Seite des Hauses. Die nationalliberale Partei scheint wirklich in einem Wandlungsprozeß begriffen. Die sozialpolitische Einsicht scheint wenigstens bei einem Theile der Partei allmählich zu dämmern. Die Schlotbarone von der Farbe Möller und Hilbig stehen freilich noch abseits und werden sicherlich von dem Geschimpfe der Bueck und Genossen im Centralverband deutscher Industrieller, das in den nächsten Tagen losgehen wird, ausgenommen werden. Herr Bassermann erklärte sich gegen alle drakonische Maßregeln und sprach die von seinem Standpunkt aus gewiß richtige Behauptung aus, daß die Vorlage nur geeignet sei, die Arbeiter vor den Kopf zu stoßen und alle noch nicht der Sozialdemokratie verfallenen Elemente dieser zuzutreiben. Nach dieser Richtung hin beurtheilte er das Gesetz ganz richtig und auch was er über unsere Rechtsprechung sagte, kann man ganz getrost Wort für Wort unterschreiben, denn er sagte nichts Anderes, als was wir schon so oft gesagt haben, daß sich die Rechtsprechung nämlich immer mehr mit dem Volksbewußtsein in Widerspruch setzt. Freilich, die Hoffnungen, welche sich Herr Bassermann von seiner Art der Bekämpfung unserer Partei macht, werden sich nicht erfüllen. Nach dieser Richtung wird er noch manche Enttäuschung erleben und was er von der Mauserung der Sozialdemokratie sagte, das zeigte doch deutlich, wie wenig er sich doch noch in das Wesen der Sozialdemokratie vertieft hat. Herr Bassermann hat heute seine beste Rede gehalten und sein Talent, eine Führerrolle zu spielen, zum ersten Male gezeigt.

Den Abend Stumm vertrat Herr Alendi, ein Neuling im Reichstage, von seiner Schwärmerei für die Silberwährung bekannt. Er ist ein Schwäger und deshalb noch unerträglicher als der von ihm vertretene Herrscher von der Saar. Wie der sich räusperte, wie er spult, das hat Herr Alendi ihm aber glücklich abgespielt und so schaffte es auch in seiner Rede nicht an frechen Provokationen unserer Genossen. Nebenbei lief aber so viel Lächerliches unter, das während der „Silberrede“ auf der Linken fortgesetzt ausgelassene Heiterkeit herrschte. Die letzte große Rede hielt der freisinnige Abg. Lenzenmann, der seinen guten Tag hatte und ein glänzendes Blaidoyen gegen die Vorlage hielt, die übrigens nur von einem Regierungsvorsteher, dem Staatssekretär Lieberding, in seiner trocknen und matigen Manier vertheidigt worden war. Den Schluss machte Liebermann v. Sonnenberg, der mit kaiserlichen Worten freiste, aber doch im Grunde auch gegen die Vorlage sich erklärte.

97. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf von Posadowsky; später der Reichsfanzer, Staatssekretär Lieberding, die Minister Wreszel, Schönstedt und Hammerstein-Lohsen.

Eingegangen ist der Nachtragstat über den Anlauf der Karoline u. a.

Vor Eintritt in die Tagesordnung rast

Präsident Graf Wallerstein den Abg. Bebel wegen dessen Schlussrede: „Wird diese oder eine ähnliche Vorlage Gesetz, so gereicht es Deutschland zur Schande und Schmach“ nachträglich zur Ordnung. (Bravo! rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Der Präsident bittet, jede Kritik seiner Worte zu unterlassen. (Abg. Singer: Wir rießen nur nach rechts hinüber!) . . . Jede Kritik (Heiterkeit.)

Die erste Berathung der Buchthausvorlage wird hierauf fortgesetzt.

von Lebeckow (R.): Wir sehen in der Vorlage ein indirektes Mittel gegen das Anwachsen der Sozialdemokratie. Unmittelbar aber soll sie das natürliche Recht eines jeden Menschen auf Freiheit schützen und den Zwang verhindern. Das Koalitionsrecht darf nicht ausgesetzt werden unter Androhung von moralisch und gesetzlich verwerflichen Mitteln. (Sehr richtig! rechts), nicht durch Anwendung von Ehreverletzung und Verurteilung. Im Übrigen läßt die Vorlage das Koalitionsrecht ganz unbeschränkt, sie will nur verhindern, daß man gezwungen wird, sich zu koalieren. Das steht ausdrücklich im § 1, auf den ich in der Generaldiskussion allein eingehe. Die Frage, ob die übrigen Bestimmungen der Vorlage abänderungsbedürftig sind, gehört in die Kommissionsberathung oder die zweite Sitzung. Dass die bestehenden Gesetze nicht gegen den Streitterrorismus schützen, ist bewiesen. Den Widerstand weiterer Kreise gegen die Vorlage kann ich mir nur so erklären, daß ihnen das Gesetz von vornherein durch Neuherungen, die hier und da gefallen sind, verleidet ist. Diese Neuherungen spiegeln sich aber im Gesetz nirgends wieder. An diese Stimmen der Wählermassen haben wir uns aber gar nicht zu lehnen. Man hat gesagt, es sei viel dringender die Koalitionsfreiheit zu vermehren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das bleibt jedoch dem Reichstag unbekannt und hat mit dieser Vorlage nichts zu thun. Wir stimmen mit dem Grundgedanken der Vorlage überein und beantragen, sie an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen. (Bravo! rechts.)

Dr. Lieber (C.): Die Behauptung des Abg. v. Lebeckow, daß die zahlreichen Fälle der Anwendung von Zwang beweisen, daß die bisherigen Bestimmungen nicht ausreichen, hat denselben Werth, als wenn man behaupten wollte, daß die Zahl der Verstöße gegen das Reichs-Strafgesetzbuch beweise, daß dessen Bestimmungen nicht ausreichen. Die Behauptung des Vorredners, die Ausdehnung der Koalitionsfreiheit hänge mit dieser Vorlage nicht zusammen, steht im Widerspruch mit dem Wortlaut der Vorlage, der Begründung und den Reden der Regierungsvorsteher. (Sehr richtig! links.) Die Vorlage wird uns ja empfohlen, weil sie bestimmt sein soll, die Koalitionsfreiheit zur Wahrheit zu machen durch Schutz gegen den Koalitionszwang. Beides aber zähmt diese Vorlage das Werk beim Schwanz auf. (Große Heiterkeit.) Das ist der Grundgedanke unserer Kritik. Wir bedauern, daß man an Stelle des politiven Ausbaues nichts zu sagen weiß als Repressalien. Wenn man die Koalitionsfreiheit schützen will, so muß die Koalitionsfreiheit zunächst wirklich da sein! (Sehr richtig! links.) Bis jetzt haben wir zu ihrem Schutze nur den § 152 der Gewerbe-Ordnung. Die Bestimmungen dieses Paragraphen sind rein negativ; darauf kann sich ein großes Gemeinschaft nicht beschränken, es muß positiv festgestellt werden, was Rechtens ist. Der § 152 stellt die Koalitionsfreiheit durchaus nicht sicher. Es muß ganz bestimmt der Kreis der Personen und der tatsächlichen Vorgänge genannt werden, auf die die Koalitionsfreiheit sich beziehen soll, und da fordern wir als unerlässlich, wenn unsere Rechtsbestimmung verlangt wird, auf dem Boden des gemeinen Rechts gemeinsame Koalitionsfreiheit für Alle, die dem deutschen Reichsrecht unterstehen, für alle Zwecke, zu denen sich deutsche Staatsbürger vereinen. (Bravo! links.) Wir verlangen die Koalitionsfreiheit für die Koalitionen untereinander und die Befreiung aller einzelstaatlichen oder reichsgetrennten Hindernisse, die ein solches Zusammengehen von Koalitionen verbieten. Das ist unsere alte Forderung der Rechtspersönlichkeit für die Berufsvereine. Ehe sie

nicht erfüllt ist, kann von einem Schutz der Koalitionsfreiheit nicht die Rede sein. (Bravo! im Zentrum.) Was nun die strafrechtlichen Bestimmungen der Vorlage anlangt, so läßt sich nicht bestreiten, daß wir sie den Ausschreitungen der sozialdemokratischen Parteigänger zu verdanken haben. (Widerdruck und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Das hören Sie nicht gern, aber unsere Katholischen Arbeiter wissen, was sie unter dem Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter zu leiden haben. Gegen diese Ausschreitungen aber hilft am besten — die volle Sicherung der Koalitionsfreiheit. Gest wann die Selbsthilfe der Organisationen nicht ausreicht, soll der Staat eingreifen, um Schutz gegen den Missbrauch staatsbürglicher Rechte zu bieten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Vorlage treibt Unruhen: man hat eine Liste zu entdecken geglaubt, die ausgesetzt werden muss. Der § 153 der Gew.-Ordn. ist ein Ausnahmegebot der schlimmsten Art. Mit seiner Aufhebung und Ersetzung durch allgemeine rechtliche Vorschriften wären wir durchaus einverstanden. Die Vorlage aber will ihn ersetzen durch ein neues, noch viel schlimmeres Ausnahmegebot. (Sehr richtig! links.) Noch nimmt sie Anfangs einen Anlauf, als kommt sie zu einer allgemein gesetzlich Regelung. Aber leider endet auch hier das schöne Weib in einem häßlichen Fischschwanz. (Heiterkeit.) Vor allem läßt man die landwirtschaftlichen Arbeiter auch weiterhin ganz außerhalb des Koalitionsrechtes. Sehr bald zeigt sich auch die ungleiche Behandlung der Unternehmer und Arbeiter. Wir aber sagen: Gleicher Bruder, gleiche Rappen! (Sehr richtig! links.) Aber Sie ist sehr wohl denkbar, daß zunächst die Koalitionsfreiheit in dem von mir umstrittenen weitesten Rahmen statuiert, und so dann — aber nur unter dieser Bedingung — können wir die Notwendigkeit anerkennen, Missbräuche einzudammen und erwarten, ob die bestehenden Bestimmungen auch gegen die Missbräuche ausreichen; alles aber nur auf dem Boden des allgemeinen Strafrechts. Angesichts der auch nach unserer Meinung nicht seltenen haarscharrenden Urteile auf Grund des § 153 der R.-G.-O. und einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuchs, angesichts der geradezu himmelschreitenden Parteilichkeit mit der dasselbe Vergehen auf der einen Seite auf das Häretische, auf der anderen Seite auf das Mildeste geahndet wird . . . (Glocke des Präf.)

Präf. Graf Wallerstein rast: „himmelschreitende Parteilichkeit“ auf die Anwendung des Ausdrucks: „himmelschreitende Parteilichkeit“ auf die deutschen Gerichte zur Ordnung. (Sr. Heiterkeit.)

Lieber (fortfahren): . . . ich sage, angesichts dieser Zustände in unserem Reichswesen sind wir am allerwenigsten geneigt, noch Verschärfungen anzustimmen. (Bravo! links.) Im Gegenteil, angesichts mancher Urteile haben wir allen Anlaß, die Bestimmungen zu mildern und einzufrieden. (Bravo! links.) Trotzdem schließe ich mich dem Wunsche des Herrn Bebel nicht an, sofort in die zweite Berathung einzutreten. Wir glauben uns der ernsten Pflicht nicht entziehen zu können, die einmal aufgerollte Frage der Koalitionsfreiheit zu bauen, um unsererseits die Koalitionsfreiheit zur vollen Wahrheit zu machen. Wir erwarten, daß die Regierung in dem großen Zeitraum zwischen erster und zweiter Sitzung noch einmal erwägen wird, ob sie wirklich bis jetzt nicht halbe Arbeit geleistet hat. Ist die Koalitionsfreiheit in positivem Sinne gelehrt, dann werden wir auch daran gehen, ihre Missbräuche zu befechten. Wir werden selbst versuchen, diesem Entwurf einen anderen gegenüberzustellen, der mehr Streben ausdrückt. Dann warten wir ab, ob sich die Regierung nicht doch zu einer Vorlage in diesem Sinne entschließt, oder doch bereit ist, sich auf die von uns vorgeschlagene Regelung des Koalitionsrechtes einzulassen. (Lebh. Bravo! links, bei den Nationalliberalen und im Zentrum.)

Bassermann (R.): Der Reichsfanzer hat sich gestern gewundert, daß Voetien die Vorlage verwirren, die auf dem Boden der Monarchie und der gegenwärtigen Ordnung stehen. Wir sind überzeugte Monarchisten und überzeugte Anhänger der Gesellschaftsordnung. Trotzdem stehe ich heute hier, um gegen diese Vorlage einzutreten (Bravo! links) und mich auch gegen eine Kommissionsberathung zu erläutern. (Bravo! links.) In der Rede des Herrn Staatssekretärs trat statt der Begeisterung, die man bei einer so hochpolitischen Aktion eigentlich hätte erwarten sollen, eine ziemliche Resignation zu Tage. (Sehr gut!) Vielleicht liegen im sozialpolitischen Herzen des Herrn Staatssekretärs einige leise Zweifel auf, ob diese Vorlage dem sozialen Frieden dient. Herr v. Lebeckow scheint den § 1 für den Kernpunkt des Gesetzes zu halten; das ist falsch; in den folgenden Paragraphen liegt der Schwerpunkt. Auch wir erkennen an, daß das Koalitionsrecht unter Umständen zu Ausschreitungen führen kann. Allein die Frage ist nur, ob die bestehenden Mittel nicht schon genügen. Bei der Berathung dieses Entwurfs haben wir geprüft, ob dadurch das Koalitionsrecht angefasst wird, ob Gerechtigkeit waltet und drückt, und ob die vorgelegten Bestimmungen wirklich wirkliche Waffen darstellen. Diese Prüfung ergab für mich ein ungünstiges Resultat. (Bravo!) Gute Maßregeln, wie diese hier, muß das Solidaritätsgefühl der Arbeiter noch weiter ausbildung, und darin liegt die Gefahr, daß neue Massen der Sozialdemokratie zutreten. Dadurch muß auch das monarchische Gefühl der jetzt noch abseits stehenden Arbeiter leiden. Wir sollten, wie Herr v. Reinhardt bei der Berathung der Umsturzvorlage sagte, der Sozialdemokratie das Wasser abgraben; durch solche Maßregeln leiten wir ihr nur neue Wassermassen zu. In meiner Fraktion gibt es eine ganze Reihe von Arbeitgebern, und gerade diese haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß ein solches Gesetz nichts nützen, sondern höchstens das gute Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern föhren könnte. Wir treten jetzt in die Phasen der Arbeitgeberkoalitionen. Diese sind ohnehin mächtiger, als die Arbeiterverbände. Macht steht gegen Macht, und der Stärkere wird siegen. Dieser Zeitpunkt ist daher doch wirklich ganz ungeeignet zur Schaffung eines solchen Gesetzes. Bei diesem Gesetze ist die einzige Partei, die eine reine Freude empfindet, die Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Sie war ja schon

auf dem Wege innerer Differenzen, die Bernstein, Schippel u. J. w. brachten alles so schön in Bewirrung. Und nun, wo die Säulen der Sozialdemokratie zu wackeln beginnen, wo ihre Säle leerer und leerer werden, da kommt dieses Gesetz, und mit einem Male fallen sich wieder die Säle. (Heiterkeit.) Aber das vollzieht sich bei uns mit einer gewissen Negativität. (Heiterkeit.) Genau so war es bei der Umsturzvorlage. Aus der ganzen Geschichte wird schließlich nichts, nur der Sozialdemokratie ist neuer Kollisionsstoff gegeben. Würde man jetzt die Sache zum Kloppen bringen, und den Reichstag aussöhnen, dann würde man sonderbare Erfolge erleben. Die Parole würde dann lauten: Sie oder gegen das Koalitionrecht! In diesem Kampfe aber wird die Negierung nicht nur die Arbeiterschaft gegen sich holen, sondern auch ganze Kreise unseres Bürgertums, die bereit sind, den letzten Raum für das Werk, das lebte Schiff für die Marine zu bewilligen! Und ist es wirklich richtig, ein so reiches Kapital von Kaiser- und Königtumreue, wie es in der Arbeiterschaft noch vorhanden ist, aus Spiel zu lassen? Was Herr Lieber höchstig der christlichen Arbeiter gesagt hat, kann ich nur unterstreichen. Was die juristische Seite der Vorlage betrifft, so dankten die Fachgelehrten in ihrer Mehrzahl sehr ungern für den Entwurf laut. Die Juristen, mit denen ich darüber gesprochen, darunter Staatsanwälte in Industriebezirken (Hört! hört!) meinten, mit neuen Haftschuldbestimmungen sei der deutschen Rechtspraxis wenig gedenkt; sie habe gerade genug an den alten. (Hört! hört!) Das Strafmaß hat schon bisher häufig in den weitesten Kreisen Konsens erregt. Ich erinnere Sie nur an den Vorstander Fall: ich halte da das Strafmaß für ganz ungeheuerlich. (Hört! hört! Bravo links!) Was nun die Deutschrifft anlangt, so muss ich sagen, dass durch sie die Aussichten der Vorlage nicht eben verbessert worden sind. (Heiterkeit und Beifall) Es besteht gar keine Frage, dass die Machtmittel des Staates durchaus genutzt, um etwaige Streiknächte zu bewältigen; unabhängig davon von Brüderlichkeit unterstreicht Feuerspröde. (Heiterkeit.) Ich habe den Eindruck, als ob man die Angaben der Deutschrifft ausschließlich bei Staatsanwälten und Polizeiorganen gesammelt habe. Hätte man sich auch an andere Kreise gewandt, so hätte die Sache ein anderes Aussehen gewonnen. Es ist ausdrücklich von der Regierung anerkannt worden, dass die eigentlich wirksame Art, Arbeiter zum Eintritt in die Koalitionen zu bewegen, von der Gesetzgebung nicht gestossen werden kann. Auch wenn das Gesetz in Kraft treten sollte, würde es den Arbeitern noch immer freistehen, zu erklären, mit Dem und Dem arbeiten wir nicht zusammen. Entsprechend bleiben die schwarzen Listen der Unternehmer straffrei. Die Folge ist, dass der Kluge, der Vorsichtige auch in Zukunft straffrei bleibt. Der Dumme oder der Heißblütige fällt herein und wandert ins Gefängnis. — Nur wenige Worte über die Strafbestimmungen: § 8, der sogenannte Agitatorenparagraph, bedroht Politiker, Arbeiterschreter usw., aber nicht bloß diese. Es würde nun z. B. sehr leicht sein, danach auch gegen gewisse Generalschreter des "Centralverbundes deutscher Industrieller" die Anklage zu formulieren. (Sehr richtig! und große Heiterkeit links.) — Wenn man das Streikverbot verbindet, dann müsste man konsequent das Streiken überhaupt verbieten. Aus allen diesen Erwägungen heraus bin ich im Namen des größeren Theiles meiner Freunde für Ablehnung des Gesetzes. Ein Theil meiner Freunde indessen wird für Kommissionserörterung eintreten. Ich kann nur bedauern, dass die Regierung diese Vorlage eingebrochen hat. Machen wir durch Ablehnung den Schaden, so weit an uns liegt, wieder gut. (Lebh. Beifall links.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Niederberg: Es ist hier viel Wörter über die Deutschrifft gefragt worden. Dieses ist Ihnen aber nicht vorgelegt worden zur Begeisterung der Vorlage. (Abo. Bebel: Nein, gegen die Regierung! Große Heiterkeit.) Sie soll Ihnen nur ein allgemeines Bild der Arbeiterbewegung geben. (Lachen links.) Abo: Sie gibt ein ganz unvahres Bild! Ich erkenne an, dass die Vorlage ganz überwiegend die Arbeiterwelt trifft. In einigen Punkten trifft sie aber zweifellos auch die Unternehmer. Die Bewegung der Arbeiter auf Besetzung ihrer Lebenshaltung ist durchaus berechtigt. Die Sozialdemokratie hat aber das Bestreben, alle andern Organisationen unter ihr Zeppter zu bringen, seine andern religiöse oder wirtschaftliche Organisationen auszumachen zu lassen. (Sturmischer Gejährt l. links.) Mit dem Schutz gegen sozialdemokratische Anmaßungen muss doch jeder Vernünftige einverstanden sein. Das Gesetz ist eben nicht, wie Herr Bebel meint, ein Ausnahmegesetz, sondern bewegt sich völlig auf gemeinschaftlichem Boden. Wenn in dem Gesetzentwurf eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit läge, meine politischen Freunde würden sämtlich dagegen sein. (Große Heiterkeit links.) Es sind aber von den Arbeitern Kampfmittel angewandt worden, die Niemand gutheißen kann. Die Vorlage schützt den Arbeiter, der heute jährlingspendend seine sauer erworbenen Groschen der sozialdemokratischen Organisation geben muss. (Hu hu!) Heute gibt es nur zwei Weltanschauungen: die der Ordnungsherrschaft und die der Umsturzpartei. Die Regierung hat leider bis jetzt unthätig zugesehen, wie die Sozialdemokratie einen Staat im Staat bildete. Es ist die höchste Zeit, dass man energetische Maßregeln ergreift. Das man das Sozialistengesetz fallen ließ, das vor ein noch viel verhängnisvollerer Fehler als die Kapitalistische Handelspolitik. (Schallende Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie nimmt der Arbeiterschaft den Idealismus, die Vaterländische und die Religion. Sie ist die einzige arbeiterfeindliche Partei im Reichstage. (Lachen.) Für sozialdemokratischen Zustandsstaate wird es doch sicher keine Koalitionsfreiheit geben. (Lachen.) Unsere Parole muss daher lauten: Für die Arbeiter alles, aber auch alles gegen die Sozialdemokratie! (Bravo! rechts. Ironisches Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Benzmann (FDP): Es wäre mir lieber gewesen, wenn Herr Arendt heute für die Goldwirtschaft eingetreten wäre, denn Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. (Große Heiterkeit.) Ich wende mich nun von dem Herrn Vorredner zur Sache. (Heiterkeit.) Es ist eine erfreuliche Thatsache, dass die Notwendigkeit der Koalitionsfreiheit von allen Parteien anerkannt wird, und auch von der Regierung, wenn bei dieser die Liebe auch eine recht gezwungene ist. Denn es ist doch eigentlichlich, dass die Herren von der Regierung in den letzten 30 Jahren fast in jedem Jahr einen neuen Kampf gegen die Koalitionsfreiheit unternommen haben. (Sehr gut!) Herr Lieber hat schon darauf hingewiesen, dass auch diese Vorlage ein Ausnahmegesetz bedeutet. Das beweist ja auch seine Genesis. Ich will nicht darauf hinweisen, wie weit sie auf den Willen eines Einzelnen zurückzuführen ist. Auch die Motive lassen deutlich den Anschmiercharakter erkennen. Sie zeigen, dass Licht und Schatten sehr ungleich vertheilt ist. Ich will zugeben, dass ein ganz kleiner Abfall in dem Gesetz auch die Arbeitgeber trifft. Aber wegen dieses winzigen Körnchens können wir das Gesetz nicht ablehnen. Warum schafft die Gesetzgebung, statt die Arbeiter wegen Bagatellvergehen zu diskantieren, nicht lieber Reme, der gegen den Unternehmerterrorisimus, wie er in den uns geschilderten Beispielen zu Tage tritt. (Sehr richtig! links.) Über die schwarzen Listen hat Graf Posadowsky eine Ansicht entwickelt,

die seinem guten Herzen Ehre macht, aber der Wirklichkeit nicht entspricht.

Die Vorlage ermutigt geradezu zu schwarzen Listen. Es hätte ausdrücklich darin stehen können: schwarze Listen und Vorherrschaft ist gesetzlich; die Gleichstellung von schwarzen Listen und Vorherrschaft ist grundfalsch. Dass wir es hier mit einem Ausnahmegesetz schwimmen lassen müssen zu thun haben, das ist schon bezeichnend, dass der "unmoralische Zwang" auf das Werk der Koalition beschränkt wird; in der Politik bleibende Verwerfungen, bleibt die Brutalität der größten Art strotzt. (Sehr richtig! links.) Weder Politik noch Denkschrift, noch die Medien der Herren Regierungsveterer haben auch nur das Minimum eines Beweises dafür erbracht, dass Ausnahmefälle existieren, die eine Ausnahmegesetzgebung erfordern. Wenn Herr Niederberg sagt, die Deutschrifft soll gar nicht beweisen, sondern nur ein Gesamtbild geben, so beweist er damit, dass er erkannt hat, mit der Deutschrifft nichts beweisen zu können. (Gisemische Heiterkeit.) Die Deutschrifft erregt, so schrieb ein nationalliberales Blatt mit Macht, nur ein mitteldrosseltes Völker. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Täuschungen ist die Deutschrifft überaus reich. Schon die Überschrift ist eine solche: sie sollte lauten: Geley zum einheitlichen Schutz des Arbeitgebers. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bebel hat ganz Recht: seit der Umsturzvorlage hat kein Gesetzentwurf so die allgemeine Entlastung erregt, wie dieser! Denken Sie an die ungeahnten Volksversammlungen, welche gegen die Vorlage protestiert haben. Natürlich sagt die Regierung: das ist sozialdemokratische Plage. Mein, auch nicht sozialdemokratische Kreise haben sich gegen die Vorlage erhoben; deulen Sie an die Stundgebung der Arbeitgeber-Vereine am Berliner Gewerbege richt. Dass also welche Kreise des Volkes ein solches Gesetz wünschen, ist Täuschung. Täuschung ist das gesamme Material der Deutschrifft: nicht die Gesetzmäßigkeit, die sie ausgearbeitet, sind schuld daran — als Rektorat wäre ich Ihnen meine Anerkennung für die steifste Arbeit ausgedacht — sondern die Leute, von denen sie die Informationen eingezogen haben, als da sind Staatsanwälte, Polizeibehörden, Landräthe. Da beläuft sich ein Staatsanwalt über die geringe Zahl Bestrafungen, die in seinem Amtsbezirk vorgenommen sind. Ich fühle das Bedauern nach; für besonders geeignete zur Information kann ich ihn aber nicht halten. (Sehr richtig! links.) Nicht einmal die Arbeitgeber, geschweige denn die Arbeitnehmer, sind bestrebt worden. Die Herren von der Regierung wiederholen sagen: die Arbeitnehmer haben keine Organisation — nun, warum sträuben Sie sich gegen Arbeiterkammer? (Sehr gut!) Aus der gestrigen Rede des Grafen Posadowsky habe ich entnommen, dass ihm die Vorlage doch nicht so recht ans Herz gewachsen ist; in der Sache wehrt hat es mit gethan, dass Herr Niederberg sich zum Abgeordneten des Entwurfs gemacht hat — ich bachte erst, das Reichsjustizamt sei unwillkürlich an der Leistung des Reichspostministers (Heiterkeit). Was die Gedanken der Handelskammer betrifft, so impoziert und die selben eben nicht. Der Verfasser des Hamburger Entwurfs, wozu über die gelinden, von den Gerichtshäfen verhangenen Strafen Klage gestellt wird, kann sich freuen, dass er kein Reichstagsabgeordneter ist, sonst wäre er sicher wegen Beleidigung der Reichspostöfe zur Ordnung gerufen worden (Heiterkeit); die Altonaer Handelskammer, welche rüdwien Suspension des Beschaffungsrechts während eines Streiks fordert (Hört! hört!) kann auf Objektivität keinen Anspruch machen. Ich komme jetzt auf die Statistik der ungeliebten Fälle zu sprechen. Ein und derselbe Fall, ja eine ganze Reihe von Fällen fehlen in der Deutschrifft in allen Kapiteln wieder, so dass man, will man die richtige Zahl der Fälle herausschreiben, die Gesamtzahl durch die Zahl der Kapitel der Deutschrifft dividieren muss (Heiterkeit). Wie mancher lieber, alter Bekannter ist uns auf 20 Seiten begegnet (Heiterkeit). Bei allen Fällen ist nie die Entlastung angeführt, die man zur Beweisführung doch braucht. Das gilt z. B. für den Torgelower Fall, wo in der Deutschrifft die Zahl der Beschuldigten nicht erwähnt wird (Hört! hört! hört! links). Ebenso wird verschwiegen, dass die Hauptursache des Streiks das Vorzeichen der Arbeitgeber war, die sich einen offenen Widerstand zu schaffen kommen lassen (Hört! hört! b. d. Soziald.). Ich bin oft Vorleser in Streikvorträgen gewesen und kann bezeugen, dass die Arbeitgeber sehr häufig der schuldigsten Theil sind. (Hört! hört!) Bebel hat Recht: die Arbeitnehmer sind sehr wenig geneigt, leichthin in den Streik zu treten; sie bestreiten weit lieber von ihrer Arbeit als aus der Streikfront ihren Unterhalt. (Lebh. Bravo! b. d. Soziald.) Es ist unerhört, unsere deutschen Durchschnittsarbeiter mit arbeitssschonen Läppen in eine Reihe zu stellen. (Lebh. Bravo! links.) Neue Maßregeln werden verlangt: ist Ihnen (nach rechts) denn das Obstaner Urteil noch nicht hart genug. (Bravo! links.) Neben die Bestempelungen der armen Arbeitswilligen durch die Streiter fliegt die Deutschrifft und fertigt ein ganzes Verzeichnis solcher Straftausbrüche an. Aber bedenken Sie, dass nicht, dass Ausdrücke wie "Lausbach" ja auch von Herrn Hausmitgliedern nicht verschmäht werden. (Große Heiterkeit.) Die Vorlage sieht Geldstrafe vor, wohl weil sich das Gesetz auch mit Unternehmern beschäftigt (Unruhe rechts.) Die Bestimmung "geschäftsähnlich" im Agitatorenparagraph ist neuer Haftschuldt. In den Motiven wird auf die Gelege anderer Länder hingewiesen. Aber Gelege wirken anders in der freien Schweiz als im unfreien Deutschland. Der § 7 des englischen Verschwindungsgegesen kann nach der Entscheidung des englischen Obergerichts nur angewandt werden, wenn Gewaltthäufigkeiten vorfallen. Lassen Sie sich einladen mit Ihrer Kenntnis der englischen Justiz, Herr Staatssekretär! (Heiterkeit.) Die Arbeitswilligen genießen ein Urkundungsprivilegium. Wie verträgt sich die Bevorzugung dieser edlen Elemente vor ausländischen Fürsten mit dem Gottesgnadenthume? (Große Heiterkeit.) Neben den Buchthausparagraph will ich nicht viel Worte verlieren. Es ist wohl nur gegeben, um den Namen Buchthausvorlage, den das Volk dem Gesetz gegeben hat, zu rechtfertigen. (Heiterkeit.) Die Strafe ist bis zu 5 Jahren Buchthaus festgesetzt, um die Strafthaten der Jurisdicition der Schwurgerichte zu entziehen. In aufgeregteten Zeiten sind freilich auch die Schwurgerichte nicht ganz einwandfrei. — Die Patrouinen des Grafen Posadowsky haben sich wirklich als Blaupatrone erwiesen. Nur eine starke Patrone hat er verschossen, das war der Appell an den Muth des Bürgertums. Diese Patrone hat aber ihr Ziel verfehlt. Das Bürgertum wird den Muth haben, ein solches Gesetz einzusehen zu können und den Schachmätern zum Trotz. (Lebh. Beifall links. Bischen rechts.)

Liebermann v. Sonnenberg (Unter.) erklärt sich Namens seiner Freunde gegen das Gesetz. Unbedingt muss das Koalitionsrecht völlig sicher gestellt sein, ehe von der Beseitigung von Missbräuchen die Rede sein kann. Doch stimmen meine politischen Freunde für Kommissionserörterung.

Hierauf wird ein Beratungsantrag angenommen. Nachste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Dritte Sitzung des Handelsprüfungsgerichts. Erste Sitzung des zweiten Nachtragsetats. Fortsetzung der Beratung der Buchthausvorlage. Wahlpflichtungen.) Schluss 6^{1/2} Uhr.

Politische Mausoleum.

Deutschland.

Ein merkwürdiger Arbeitsvertrag ist dem "Vorwärts" zur Veröffentlichung zugegangen. Dieser Vertrag wurde abgeschlossen zwischen der deutschen Kolonialverwaltung resp. ihrem Vertreter in Deutsch-Südwest-Afrika und solchen Arbeitern, die nach Swakopmund zu Häfen gebauten eingezogen wurden. Besonders bemerkenswert sind die Paragraphen 3 und 5 des Vertrages. Darin heißt es:

S. 3. Der Arbeitnehmer erhält: während der Dauer seiner Arbeitszeit in dem südwestafrikanischen Schutzbereiche — außer freier Verpflegung, freier Unterfütterung nach Maßgabe der örtlichen

Verhältnisse; freier kritischer Behandlung; freier Medizin in nicht selbst verhältnismässig schweren Fällen, sowie, falls erforderlich, unentgeltliche Ausnahme ins Lazarett, eine Löhnung nach dem Jahreslohn von 1000 Mark, bei zufriedenstellenden Leistungen steigend bis zu 1200 Mark, zahlbar noch Ablauf eines jeden Monats durch die Stationskasse in Swakopmund. Dieser Lohn wird aber nur zu zwei Dritteln bezahlt, während das andere Drittel dem Arbeitnehmer gut geschrieben wird und erst bei der Rückkehr in Deutschland bei Abchluss seines Vertrages zur Auszahlung gelangt.

Die Verteilungshaltung des einen Drittels des Arbeitnehmers schafft eine slavische Abhängigkeit des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber und lässt sich übrigens aus der Gewerbeordnung, die doch für die deutsche Reichsbahnhöfe maßgebend sein muss, nicht rechtfertigen. Doch weiter, es kommt viel schöner:

S. 5. Dem Arbeitgeber beziehungsweise dem Betriebsvertreter steht das Recht zu, diese Verteilung jederzeit nach einmonatlicher Rücksicht zu lösen.

Versicht der Arbeitnehmer vor Abschluss eines Jahres gegen den Willen des Arbeitgebers, so ist der Arbeitgeber berechtigt, von dem ausgeschiedenen Theile des Lohnes die für die Hintersee des Betriebes vertragte Summe einzubehalten, die ab dann der Reichsposte fällt. Bei ungünstigem Verhältnis, Ungehorsam und Trunkenheit können vom Arbeitgeber Geldstrafen verhängt werden, deren Betrag vom Jahr aus zuzahlenden Lohnen unabhängig wird und der Reichsposte auffällt. Andauernde Leichtigkeit oder Verbrennen, welche nach der Gewebe mit Gefangen oder Zuchthaus bestraft werden, haben sofortige Entlassung zur Folge; in diesem Falle verfällt der einkaufte Theile des verdienten Lohnes der Reichsposte.

Auch diese Festlegung steht mit der Gewerbeordnung in Widerspruch, welche gleiche Rücksichtsfristen für alle vertragsschließenden Theile bestimmt.

Gleichzeitig mit dem Texte dieses Vertrages erhält Bebel einen Brief aus Swakopmund, welcher sehr bestreite Klagen zum Ausdruck bringt. zunächst wird gezeigt, dass der Lohn von 1000 M. ein außerst unzureichender ist. Es kostet z. B.:

1 Pfund Butter 5 M., ½ Pfund Brot 2 M. 50 Pf., eine Pfanne 10 Pf., 1 Liter, 1 M. 50 Pf., eine der billigsten Zigarren 20 Pf., 1 Salzhering 10 Pf., 1 Ei 10 Pf., ein kleiner Glas Schnaps, welches in Deutschland 5 Pf. kostet, kostet hier 50 Pf.

Endlich wird über die Entlassung eines Arbeiters Will mitgetheilt:

"dass er sämtliche Sachen abgeben müsse, so dass er unter Wasser und entblößt im Oberkörper vom Hafenbauamt entlassen wurde, auch erhielt er seinen einkauften Lohn monatlich nicht ausgezahlt. Einer von unseren Kollegen schenkt ihm einen Anzug, damit er von hier fortmachen konnte."

Das sind Dinge, die im Reichstage zur Sprache gebracht werden müssen, und Maßnahmen, gegen die energetischer Protest von nötigen ist.

Der württembergische Fall Singer. In Göppingen war, wie unsere Leiter wissen, vor längerer Zeit der sozialdemokratische Gemeindevertreter Thiele zum Mitglied der katholischen Ortschulbehörde gewählt worden. Obwohl die Wahl von der Regierung nicht bestätigt worden war, wurde Thiele zum zweiten Mal gewählt und in Vorschlag gebracht. Trotz der neuen Agitation, die sich hierauf gegen den "Atheisten" Thiele erhob, hat die Wohl nunmehr ihre Bestätigung gefunden.

Ein Invalide des Freiheits. Herr Reinhard Schmidt, der zweite Vizepräsident des Reichstages und Vorsitzende der Kommission des Invaliditätsversicherungs-Gesetzentwurfs, hat die Annahme dieses Gesetzes mit einem solennem Festmahl gefeiert. In dem reichgeschmückten Speisezaale des Savoy-Hotels versammelten sich, nach dem "Vorw.", unter Vorsitz des Herrn Schmidt die in der Kommission thätig gewesenen Regierungsvertreter sowie die Kommissionsmitglieder — mit Ausnahme der Sozialdemokraten, welche vermutlich im Rückicht auf den Grafen v. Posadowsky nicht eingeladen waren. Vielleicht fürchtete der Herr Graf, dass ein sozialdemokratischer Abgeordneter mit einer rothen Kravatte erscheinen könnte. Das Fest soll sehr anregend verlaufen sein. Das Verbrüderungsmahl begann und endete bei schäumendem Sekt, welcher verschiedene Reden zu Tage förderte. Als wertvolle und dauernde Erinnerung an diesen Abschluss der Kommissionsarbeit wurde die ganze Tafelrunde photographiert, und hierzu der Moment gewählt, in welchem die Gesellschaft mit erhobenen Gläsern den glücklichen Abschluss ihrer Kommissionsthätigkeit feierte. Herr Schmidt will jedem seiner Kollegen ein Exemplar dieser Photographie verehren. So musste auch das Gesetz der Arbeitsinvaliden die staatsmännische Jubiläität des Reinhard Schmidtschen Freiheits bezeugen. Vielleicht sieht die freisinnige Partei dem Vizepräsidenten die gebührende Rente aus, da er nicht mehr im Stande ist, das erforderliche Drittel freisinniger Arbeitsfähigkeit auszuüben.

Auf der Friedenskonferenz geht es nach einem Bericht der "Kölner Btg." aus dem Haag "eicht russisch". Das Blatt erwähnt als Gericht, dass dieser Tage ein Mitglied einem Berichterstatter gegenüber geäußert hat: "Der Kongress heißt offiziell 'Die Friedenskonferenz', aber in den Sitzungen merkt man davon nichts, besonders die letzten Sitzungen geben eher alles andere, nur ein Bild des Friedens zu sehen". Wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird dem rheinischen Blatt geschrieben, werde es in Bälde zu einem Krach kommen, dessen Folgen sich vorherhand noch gar nicht übersehen lassen. Wenn der Vertreter des jungtürkischen Centralkomites, der aus London im Haag eingetroffen sei, trotz der telegraphischen Aufforderung der türkischen an die niedersächsische Regierung, gegen diesen "Berschwörer" thatkräftig einzuschreiten, unbekämpft bleiben werde, so sei es nicht unmöglich, dass die türkischen Vertreter die Konferenz ver-

lassen, „ein Schritt, den ihnen Niemand verabschieden kann.“ — Welche Ironie des Schicksals! Auf der Friedenskonferenz — der größte Unstimmigkeit. Hoffentlich keigen sich die Friedensengel nicht noch bei den Haaren.

Wie konservative Wahlen in Ostelbien — und auch anderswo — gemacht werden, dafür bietet einen lehrreichen Beitrag der gegen die Wahl des Abgeordneten v. Massow (Vaubau-Weber) beim Reichstag eingerichtete Protest. Unter den Anklagen befindet sich auch eine *Vorlautermauthnung des Geheimen vorstehenden Schuchter* in Alegen, die buchstäblich wie folgt lautet:

„Freitag den 24. Juni d. R. Vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr festgelegte Termin für endgültige Wahl eines Abgeordneten zum Reichstag zwischen v. Massow und Haase andere Stimmettel sind ungültig. Also auf Wähler, Wählt aber nicht den Haase der Sozialdemokrat, sondern den Konservativen v. Massow. Parochien, Stimmettel für v. Massow sind bei mir zu haben. Dieser Zettel ist schnell weiterzusenden und vom Leserempfänger vor dem Termin ausschweifende Weibigenshalls eine Ordnungstrafe von 3 Mark erfolgen muss.“

Der Gemeindevorsteher, der dieses Denkschrieb geschrieben, ist sich sicherlich der Tragweite seiner Handlungsweise nicht bewusst gewesen. Es wäre ganz interessant, zu erfahren, wer ihn zu dem Monöver veranlaßt hat. Im Übrigen kann man diesen Fall von Wahlmache getrost zu den übrigen legen.

Die Entwicklung eines Nischenbetriebes. Zwischen der Krupp'schen Verwaltung einerseits und der Bochumer Bergwerksallgemeinschaft sowie dem Blechwalzwerk Schulz-Knaubt anderseits sind gegenwärtig Verhandlungen im Gange, die eine Vergrößerung der Firma Krupp bewirken. Von der Bochumer Bergwerksallgemeinschaft sucht die Firma Krupp die Firma Vereinigte Präzident zu erwerben, um den Rohbedarf aus eigenen Rechen decken zu können. Die Kohlenförderung der Bochumer Bergwerksallgemeinschaft wird auf rund 180 000 Tonnen, die Stahlzeugung auf 80 000 Tonnen im Jahre angegeben. Von größerer Bedeutung wäre der Ankauf des Blechwalzwerkes Schulz-Knaubt, einer Gesellschaft, die mit 4 Millionen Aktienkapital arbeitet und eine Blechproduktion von 26 Millionen Kilo aufzuweisen hat. Den Vergrößerungen des Krupp'schen Werkes in Deutschland selbst gehen ausländische Transaktionen von weittragender Bedeutung zur Seite. Eine seine Witterung für die Gefahr der amerikanischen Konkurrenz auf dem Gebiete der Eisen- und Stahlindustrie hat die Firma verantastet, so frühzeitig wie möglich diesem drohenden Wettbewerb die Spalte zu bieten. Nur einer Weltfirma wie Krupp ist es freilich möglich, einen Schritt zu unternehmen, der für das Werk selbst die Frage der amerikanischen Konkurrenz ein für allemal löst. Die Firma Krupp hat nämlich Kürzerhand im Bunde mit bedeutenden amerikanischen Eisenindustriellen in den Vereinigten Staaten selbst ein großes Unternehmen gegründet, das unter dem Namen Griffin Iron Works mit einem Kapital von 2 Millionen Dollars konstituiert worden ist. Die neue Gesellschaft wird für die Vereinigten Staaten zu Kriegszwecken Panzerthüre, Kanonen, Lafetten u. s. w. bauen, daneben aber für die Industrie alle Arten von Hartguß, Grauguß und Maschinen herstellen. In die Verwaltung des neuen Werkes wurden gewählt zwei Vertreter der Firma Krupp, der Präsident der Griffin Machine Works in Buffalo, Herr P. H. Griffin, der langjährige Direktor der Nobel Dynamit Co., Herr Ingenieur Singer, ein Direktor der Carnegie Steel Co. und andere mehr. Die Gesellschaft stellt sich als eine internationale Vereinigung einer Reihe von Weltfirmen dar, denen es durchaus gleichgültig ist, ob die Industrie ihres Heimatlandes durch eine fremde Konkurrenz bedroht wird oder nicht. Es fällt bei ihr jedes nationale wirtschaftspolitische Interesse weg. So, derartige internationale Unternehmer-Vereinigungen müssen, um lebensfähig zu sein, den Feldzug der amerikanischen Industrie gegen die europäischen Länder ohne jedes Bedenken mitmachen. So führt die Firma Krupp in Deutschland selbst die sogenannten Griffin-Räder ein. Diese Räder aus besonderem Hartguß hergestellt, werden in Amerika bereits in sehr großer Zahl von allen Eisenbahnen verwendet und in etwa 14 Fabriken produziert. Für Deutschland hat die Firma Krupp die Herstellung dieser Räder übernommen. Auf der einen Seite hat Krupp durch ein Zusammengehen mit den amerikanischen Stahl- und Eisenindustriellen einen Bund mit der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie geschlossen, der sie selbst der amerikanischen Konkurrenz entzieht. Andererseits hat Krupp dafür noch obenrein die Möglichkeit erhalten, auf dem deutschen Markt auf Grund des Zusammengangs mit den Amerikanern die Wirkungen der amerikanischen Konkurrenz auf die deutsche Industrie zu verstärken.

kleine politische Nachrichten. Die 17. Kommission des Reichstags zur Vorberatung des Gesetzentwurfs betreffend die handelsbezüglichen zum britischen Reich hat Dienstag nach langer Debatte die Vorlage in der Fassung der zweiten Lesung des Plenums (Erteilung der Ernennung bis zum 1. Juli 1900) angenommen und den an das Plenum gestellten gewesenen Antrag, Kap. 1, durch die Erklärungen der Regierungsvertreter für erledigt erklärt. — Dem Reichstage ist Dienstag die am 12. Februar d. J. durch Notenwechsel zwischen dem kaiserlichen Botschafter in Madrid und dem spanischen Minister des Neuen und Spanien für die Einführung die Weisung bestätigt. Ferner sind dem Reichstage der Vertrag betreffend den Erwerb der Carolinen-, Palau- und Marianen-Inseln, die damit zusammenhängenden Machtvertragsstaats, das Anteilegesetz und das Handelsabkommen mit Spanien zugegangen, nachdem am Montag die spanische Deputationskammer den Vertrag in zwei Sitzungen genehmigt hatte. Der Vertrag führt nur zu unwesentlichen Debatten. — Herzog Alfred von Coburg-Crotta, wie Minister v. Strenge der „Daily Mail“ zufolge in geheimer Sitzung des gothaischen Landtages am Sonnabend angekündigt habe, wahrscheinlich im laufenden Jahre abdanken. Der Minister habe ferner gesagt, er könne seinen früheren Erklärungen

über die Nachfolge nichts hinzufügen, ehe er nicht aus England zurückkehrt sei, wodurch er zeitig wolle, um mit den interessierten Parteien persönlich zu verhandeln. Auf die Rede des Ministers sei eine längere Debatte gefolgt. Der Korrespondent berichtet ferner mit, die Nachfolge des Herzogs von Altona könne nicht in Frage kommen, da die Gesundheit des jugendlichen Prinzen den Anforderungen der deutschen militärischen Ausbildung nicht gewachsen wäre. Schon wieder haben die Pontes auf den Philippinen eine Schlappe erlitten. Eine in Portofino eingetroffene meldung aus Manila besagt: Das dritte Battalion des 4. amerikanischen Regiments erlitt zwischen Janus und Desmatos eine empfindliche Niederlage, über 40 Tote und viele Verwundete. Ohne rechtzeitige Hilfe des Majors Robison wäre den Amerikanern der Rückzug abgeschnitten worden.

Schweiz.

Eine neue Scheingesetz des schweizerischen Bundesrates. In dem „Blätter des Volksblatt“ schreibt Genosse Greulich:

„Im Bundesblatt Nr. 22 vom 31. Mai steht befindet sich ein Bundesratsbeschluss betreffend Ausweisung von G. Spreafico und C. Invernizzi. Viele beiden waren seit dem 4. Mai in Zürich inhaft nebst dem schon am 27. September 1898 ausgewiesenen D. Javattero, der damals vor der Ausschaffung gesessen und später wieder ausgetauscht war. Javattero war der Redakteur des in Neuenburg erschienenen anarchistischen Blattes „Vigilatore“. Spreafico soll ebenfalls Anarchist sein, von Invernizzi wird das entschieden bestritten, aber er soll einige Nummern der anarchistischen Quotidien „Isolati“ von Batezon, Amerika, vertreten haben und mit Javattero im Moment der Verhaftung zusammen gewesen sein. Sicherlich mon den Ausgewiesenen keine Wahl der Grenze, über die sie die Schweiz verlassen wollten. Sie fuhren in Begleitung eines Polizeimannes in Zürich im Personenzug bis zur Grenze und dort vergewisserte sich der Polizeimann, daß sie wirklich mit dem nächsten Zug die Grenze überquerten. Diesmal ging es anders Javattero, Spreafico und Invernizzi wurden zwangswise nach Italien ausgeschafft. Der Vorgang ist von zuverlässigen Schweizerbürgern genau beobachtet worden und erst, nachdem er noch von anderen Seite bestätigt wurde, teilte ich ihm mit.“

Freitag, den 2. Juni kamen die Ausgewiesenen mit dem Personenzug um 7.20 Morgens in Chasso an und zwar im Restaurantländlein des Gedächtniswagens, während der begleitende Polizeimann im Personenzug fuhr. Alle drei waren gefestelt. Javattero und Spreafico zusammen, Invernizzi allein. Sie wurden von der Tessiner Polizei sofort in Empfang genommen und ins Polizeiotal auf dem Bahnhof geführt. Beim Eintritt waren, wie italienische Beamte im polizeilichen anwesend, die offenbar informiert waren, denn sie sahen die Arrestanten sofort ins Auge.“

Noch einiger Zeit kamen die drei Ungebundenen wieder aus dem Polizeiotal heraus und wurden von zwei Polizeimännern an die nahe Grenze geführt und am Stein am der Hauptstraße Chasso-Como losen gelassen. Eine direkte Aussiedlung fand nicht statt. Sie hatten jedoch kaum 50 Schritte zurückgelegt, so wurden sie ins italienische Zollhaus gerufen und dort festgehalten. Das weitere entzog sich der Kenntnis meiner Gewährsmänner. Jedoch ist mir bekannt geworden, daß Invernizzi in Como festgesetzt wurde.“

Das Asylrecht der Schweiz ist bald also noch ein leerer Wort. Der Bundesrat duckt vor den Großmächten und prostituiert sich, wenn es der italienische Panaminkrieg will. Wie lange ist es her, daß er unter militärischer Bedeckung italienische Arbeiter aus der Schweiz Pelloway Standrechtsblatt in die Hände jagte? Jetzt verletzt er das elementare Recht der Ausgewiesenen, die freie Wahl der Grenze, und spielt sie den italienischen Häschern, so wie Freylich es geschildert, den Schergen des Ausnahmeministeriums in die Hände. Das ist auch die wohl durch die Anarchistenkonferenz „erzogene“ schweizerische „Demokratie.“

Frankreich.

Waldeck-Rousseau's Versuch, das neue Ministerium zu bilden, ist in letzter Stunde an den Rändern Melina gescheitert. Dieser in der Dreyfusaffäre am schwersten blamierte Politiker wollte die Generale reiten und verlangte deshalb Garantien in der Besetzung des Kriegsministeriums; am liebsten wollte er Kramz beibehalten sehen. Waldeck-Rousseau aber bestand auf dem Vorstoß, gegen die Generale energisch einzuschreiten, und so boykottierten ihn alle der Gruppe Melina angehörigen Dreyfusparteien. Am richtigen wäre es in diesem Falle gewesen, daß Waldeck-Rousseau die Gruppe Melina außer Betracht ließ und, falls Melina zu den Reaktionären abschwören sollte, nach Auflösung der Kammer ein progressistisch-radikal-sozialistisches Ministerium bildete. Aber er scheint vor diesem kräftigsten Entschluß zurückgescheut zu sein und hat Montag Abend das Mandat zur Kabinetsbildung niedergelegt. Die radikalen und sozialistischen Organe erklären das Vorgehen Melines für Verrat an der republikanischen Sache. In Folge des Misserfolges Waldeck-Rousseaus wird die Lage für sehr ernst angesehen.

Zum Dreyfus-Prozeß. Die Dreyfus betreffenden Aktenstücke sind in Rennes eingetroffen. Da der Saal, in welchem die Verhandlungen des Kriegsgerichts stattfinden werden, an das Militärgefängnis grenzt, wird eine Thür in die Verbindungsmauer gebrochen, damit Dreyfus auf seinem Gange zum Verhandlungssaal die Straße nicht zu betreten braucht. Wie das „Journal“ aus Rennes meldet, veranlaßt die bevorstehende Ankunft Dreyfus' dort einen großen Fremdenzufluss. Alle Hotels sind überfüllt. Es sind umfassende Maßregeln getroffen, um Kundgebungen zu verhindern. — Der „Figaro“ meldet aus Brest, Dreyfus werde wahrscheinlich in St. Malo landen.

Portugal.

Opposition und Obstruktion in Portugal. Die auswärtige Politik Portugals findet im Lande selbst vielfach Widerspruch. Die konservative Oppositionspartei erließ eine Kundgebung, worin sie erklärt, sie werde sich an den parlamentarischen Verhandlungen nicht eher wieder beteiligen, als bis die Regierung das Land über ihre augenblickliche auswärtige Politik und über die von ihr fremden Mächten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen aufgeklärt habe. Der Führer der konservativen Partei, Sinha Ribeiro, unternimmt mit mehreren Parteifreunden einen Ausflug nach den Azoren-Inseln, um sich durch den

Augeschein zu vergewissern, welche Vorbereitungen dort selbst für die angeblich bevorstehende Einrichtung einer britischen Flottenstation getroffen seien.

Lübeck und Nachbargebiete.

21. Juni.

Die Bürgerschaftswahl im Marien-Magdalenen-Quartier und dem größeren Theil der Vorstadt St. Lorenz, welche gestern im Schiffsgesellschaftshause stattfand, ergab ein ähnliches Resultat, wie die im Marien-Quartier erzielten Stimmen:

Bud (B.)	870
Cunne (B.)	465
Dr. Schenckburg (B.)	368
Heidenreich (B.)	364
Heine (B.)	375
Mühlam (B.)	366
N. Pape (B. u. BB.)	458
Ritter (B.)	370
Schmidt (B.)	366
Siemsen (B.)	368
Talbaum (B.)	369
T. Thiel (B.)	369
Tr. Adler (BB.)	111
Gassler (BB.)	102
Giese (BB.)	98
Hauske (BB.)	107
Hentrich (BB.)	113
Koellmann (BB.)	106
Müller sen. (BB.)	108
Poisch (BB.)	106
Reichenbach (BB.)	106
Schlichting (BB.)	103
Stoppelbe (BB.)	111
Weltthal (BB.)	98
Wartels (SD)	191
Wötcher (SD)	189
Wessinger (SD)	190
Weig (SD)	190
Heitmann (SD)	189
Lecke (SD)	189
Vohren (SD)	190
Marzahl (SD)	190
P. Pape (SD)	191
Plambes (SD)	190
Reppenhagen (SD)	190
Schwarz (SD)	198
Wittstock (SD)	191

Berplittet:

Schumann-Moeling	1
Dörfelhausen	1
Th. Schäfe	1
Th. Schäfer, Posthalter	1
H. v. C. Müller	1
Büschchen	1
R. Wohl	1
J. Vollmann	1
C. W. Groth, Schulvorsteher	1
E. Reuter	1
O. C. Eis, Hülfssrichter	1
H. Mühl, Kupferschmied	2
Max Schmidt	1

Auch in diesem Falle kann die Sozialdemokratie mit Genugtuung das Resultat betrachten, obwohl die Vergrößerung des Bezirks in Erwägung zu ziehen ist. Die Zahl unserer geschlossenen Listen stieg von 107 auf 188, die Zahl unserer Stimmen von durchschnittlich 109 auf 191 — also ein ausgezeichneter Fortschritt. Der Bürgerrechtverein hat auch hier wichtige Siege bekommen, wie wir voraus sagten. Statt 94 nur 92 geschlossene Listen, statt 108 nur 106 Stimmen durchschnittlich. Dafür ist denn auch der ehemalige Leithammel mit unzähligen Nasenlangen Vorsprung als Fester durchs Bie gegangen. Das ist der Dank vom Hause Österreich. Der Wärterschaftliche Verein ist bedeutend erstaunt. Er hat 332 gegen 208 geschlossene Listen, 375 gegen 225 Stimmen. Sein Leben erlebte aus den Räumen des Papismus. Von 892 Wahlberechtigten traten 675 = 75 p.C. an die Urne. Die außerordentlich geringe Zahl der zerplitteten Stimmen ist ein ebenso beachtenswertes, wie erfreuliches Zeugnis dafür, daß die durchaus notwendige klare „reinliche“ Scheidung rasche Fortschritte macht. — Dreizehn ordnungspolitisch geachte „Volkswähler“ auf sechs Jahre. Der Goldsack triumphiert.

Protestversammlungen gegen die Buchhausvorlage finden weiterhin statt in

Stockelsdorf-Fackenburg bei Gastwirth Paatau am Donnerstag, den 22. Juni, Abends 8½ Uhr, Gutin bei Gastwirth P. Schröder am Sonnabend, den 24. Juni, Abends 8½ Uhr.

Referent in beiden Versammlungen: Redakteur August Kirsch.

Erwartet wird, daß auch hier die Arbeiter sich zum Massenprotest vereinigen werden. In Stockelsdorf steht außerdem noch auf der Tagesordnung: „Die diesjährige oldenburgische Landtagswahl.“ Hier ist es also erfreut wichtig, daß der letzte Mann erscheint.

pb In Haf geriet ein von der Berliner Staatsanwaltschaft wegen Körperverletzung steckbrieflich verfolgter Tischler, ein Arbeiter, welcher wegen Trunkenheit festgestellt werden sollte und dem Schuhmann Widerstand leistete, zwei Bettler und zwei Trunklene.

pb Falsches Geld. Dem Polizeiamte ist ein falsches Fünfmarkstück „F 1875“ mit dem Bildnis des Königs Karl von Württemberg eingeliefert worden.

= Gerettet. In den Stadtgraben fiel gestern Abend beim Kalkplatz an der Fackenburg Allee ein Mann. Hinzukommenden gelang es, denselben aus dem nassen Elemente herauszuziehen, worauf die Polizei sich seiner annahm.

Der Freiwilligen Kranken- und Sterbekasse zu Lübeck (eingeschriebene Hülfssklasse Nr. 6), welche einen Nachtrag

zu ihrem Kassenstatut zu erlassen beschlossen hat, ist vom Senat nach § 75a des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 die Bescheinigung ertheilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, auch nach Erlass des Nachtrages den Anforderungen des Gesetzes genügt.

Der Dampfer „Völker“ wird ab 1. Juli wieder seine Fahrten nach Dassow aufnehmen.

Handelsregister. Am 20. Juni 1892 ist eingetragen auf Blatt 2124 die Firma „Pietro Tagna“. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: P. Tagna, Kaufmann in Lübeck.

Wahl. In Malskendorf ist das bisherige Gemeindevorstandsmitglied Hufner F. F. Horstmann auf 8 Jahre wiedergewählt worden.

* **Gutlin.** Die Maul- und Klauenseuche ist unter den Schafen des Schäfers Ulrich in Malskendorf ausgebrochen. Neben die Gemeinden Neukirchen und Malente, mit Ausnahme von Kreuzfeld, ist die Feldmarksperrre verhängt. Die Abhaltung der hiesigen Herkermärkte ist verboten.

Gutlin. Durch Feuer zerstört wurden in

Mallwitz am Montag Abend 8 Wohn- und Stoffgebäude der Hufner Blum, Bruhn und Wrie, Braasch und das Schulhaus. Gerettet wurde wenig. Eine Anzahl Vieh verbrannte. Die Wehren waren infolge des herrschenden starken Windes machtlos.

Platzburg. Durch Großfeuer wurden in Bliesdorf am Montag sechs Gebäude eingerichtet. Das Feuer kam gegen 8 Uhr Vormittags zum Ausbruch, zu welcher Zeit die meisten Leute auf dem Felde beschäftigt waren. Das in den Gebäuden befindliche Vieh wurde gerettet, dagegen ist alles Möbelior, welches durch Versicherung gedeckt ist, verbrannt.

Lübeck. Familie trug & bte. Der Arbeiter Grischke soll hat sich, wie der „Volkszeitung“ berichtet wird, nachts in der Warnow mit einem einjährigen Knaben und einem dreijährigen Mädchen ertränkt. Ein siebenjähriger Knabe wurde gerettet.

Tivoli-Theater. Auf die am Donnerstag stattfindende Aufführung des neuen Schauspiels: „Um den Schuhengel“ von R. Krause machen wir nochmals besonders aufmerksam. Es handelt sich um das dichterische Erzeugnis eines Lübecker.

Quittung.	
für die ausgelieferten Dänen gingen ein:	
Bisher quittiert	1130,25 M.
Frauen und Mädchen Lübeck	6,- "
Nachlass der verstorbenen Schuhmacher	
Zwangslösung	4,50
Summa	1149,75 M.
Davon bisher abgesandt	1133,50 M.
Bleibt Bestand	16,25 M.
Weitere Gelder nimmt entgegen:	
Medaille des „Lübecker Volksboten“	
Johannisstraße 50.	

Stetschau-Wiedemark.

Hamburg, 20. Juni.

Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 1030 Stück. Preise: Verlandschweine, schwere 46—48 M., leichte 50—51 M., Sauen 40—45 M. und Ferkel 48—50 M. pr. 100 Pf.

Der Rälberhandel verlief mittelmäßig. Angeführt wurden 1460 Stück. Preise: Reste 93—102 M., geringere 65—80 M. pr. 100 Pf.

August Vietig's Colonialwaren-, Bier-, Spirituosen-, Kartoffel- und Feuerungs-Handlung

ist als gute Bezugquelle bekannt und kann daher auf's Beste empfohlen werden.
Sarg-Magazin
 ob. Mühlenstr. 13. Fernspr. 427.

Allen Verwandten, Bekannten und Freunden für die bewiesene Theilnahme und die überreichten Spenden zu der Beerdigung meiner verstorbenen Frau sage meinen herzlichsten Dank.

J.C.W. Blöss und Kinder.
Danksagung.

Für die bei der Beerdigung unserer gesiebten Martha bewiesene Theilnahme und die reichliche Spende sagen herzlichsten Dank

Familie Kayatz.

Geucht zu sofort ein tüchtiger Maler- gehilfe für Möbelarbeit, Werkstube und Material vorhanden. Nur ältester Kraft. Günstige Gelegenheit zum Selbständigkeitserwerb. Angebote unter A. R. an die Exped. d. Bl.

Ein Block- oder Handwagen für Kinder zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe u. J. D. an die Exped. d. Bl.

Zu lauf. gef. ein gebr. Kinderschwagen am liebsten mit Verdeck. Angebote mit Preisangabe unter F. Sch. 99 an die Exped. d. Bl.

Durch Zufall zum 1. Juli eine abgeschlossene Etage nach vorne, 3 Zimmer m. Badevorraum Langer Lohberg 41.

Ein freundl. Logis Johannisstr. 33.
 Dasselbe ein alter Kinderwagen zu verkaufen.

Brüggesteine zu verkaufen

Danzwertsgrube 64.

Schmücke verstaubte Krübe und Vasen neu auf. Emma Prillop, Schumacherstraße 11.

Matjes - Bruch - Heringe
 à 10 und 5 Pf. bei
Heinrich Koop.

per einzl. Liter 60 Pf.
Doppelkümmel ff.
 75 Pf. per Liter, per Weinflasche resp. 50 und 60 Pf.

Sämtliche Spirituosen u. Weine
 in guter Qualität zu soliden Preisen empfiehlt

J. Schlichting, Weinhandlung

Untertrave 113.

Socialreform oder Revolution
 nebst einem Anhang

Miliz und Militarismus

Fran Dr. Rosa Luxemburg
 Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
 am Freitag den 23. dss. Mts.

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tagess-Ordnung:

1. Innere Verbandsangelegenheiten. Berathung resp. Beschlusssfassung über eingegangene Anträge (Neuwahlen).
2. Kartellbericht. 3. Verschiedenes.

Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Hausfrauen, kauft Euren gebr. Caffee nur bei August Vietig, Fischergasse 45.

Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kast.

Berichter: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Weitere Gelder nimmt entgegen:
 Medaille des „Lübecker Volksboten“
 Johannisstraße 50.

Größtes Lager am hiesigen Platze.

Billige Preise.
 Stets Neuerungen in Perl- u. Metallkränzen.
 Ueberführung von u. nach Auswärts.

Allgem. Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft.

Betriebsverwaltung Lübeck.

Wir möchten hierdurch bekannt, daß vom Mittwoch den 21. Juni er. an der Fahrplan und Tarif der Hauptlinie (St. Petriend-St. Jürgen) infolge einer Änderung eisfahrt als die Wagen dieser Linie von genannten Tage an nur zwischen Norderstraße-Eronsforde Allee und Eronsforde Allee-Kirchhof und umgekehrt verkehren.

Eine direkte Durchfahrt der Wagen vom Kirchhof nach Israelsdorf, wie es bisher der Fall, hört mit diesem Tage auf.

Dagegen werden die Wagen der Israelsdorfer Linie, welche durch besonders in die Augen fallende Richtungsschilder kenntlich gemacht, und welche während der Dunkelheit gelbes Licht führen, vom 21. Juni er. ab zwischen dem Gelbelpark (Königstraße) und Israelsdorf (Kirchhalle) verkehren.

Der Fahrpreis für die Israelsdorfer Linie beträgt 10 Pf. oder 1 Mark pro Person.

Den Fahrgästen der Hauptlinie, welche von dieser auf die Israelsdorfer Linie umsteigen und den Fahrgästen der Israelsdorfer Linie, welche auf der Hauptlinie weiter fahren wollen, bleibt es überlassen, das Umsteigen entweder auf dem Gelbelpark oder beim Kirchhof zu bewirken. Im ersten Falle hat die Errichtung des Fahrgeleits für die neu zu benutzende Linie am Gelbelpark und im letzteren an der Haltestelle beim Kirchhof zu geschehen.

Der bisher für die Haupt- und Hafentorlinie gültige Fahrplan und Tarif bleibt unverändert.

Nachstehend bringen wir den ab 21. Juni 1892 für die Israelsdorfer Linie gültigen Fahrplan zur öffentlichen Kenntniß:

Richtung: Gelbelpark-Israelsdorf.
 Abfahrt Bühlstraße nach Kirchhalle (gelbes Licht): 7.15 7.27 8.03 8.27 8.51 9.15 9.39 10.03 10.27 10.51 11.15 11.39 12.03 12.27 12.51 1.15, 1.39 2.03 2.27 2.51 3.15 3.39 4.03 4.27 4.51 5.15 5.39 6.03 6.27 6.51 7.15 7.39 8.03 8.27 8.51 9.15 9.39.

Von Sonntags-Nachmittagen und an Wochentagen, wo ausdrücklich stattfindender Concerte, Schulfestlichkeiten etc. ein größerer Verkehr auf der Israelsdorfer Linie zu erwarten steht, wird die Wagenfolge durch Einfügung von Extrawagen auf dieser Linie auf einen 12 resp. 6 Minuten-Verkehr nach Bedarf verstärkt.

Lübeck, den 17. Juni 1892.

Die Betriebsverwaltung.

Num. Kleine Taschenfahrpläne sind beim Fahrpersonal gratis erhältlich.

Grosse Auction!
 Donnerstag den 22. Juni, Morg. 9 Uhr
 in der

Fallenstraße 34 a, 1. Etage,

über: 1 zweihöriger Kleiderschrant, Eckschrant, 1 Sofha, Lehns- und andere Stühle, 3 Tische, Lampen, Leinwandteppiche und Gemälde, Bettstellen mit Matratzen, Betten, Regulator und andere Uhren, Spiegel, Binni, Messing- und Kupfersessel, einen 9stufigen Tritt, Pflanzensessel, Glas und Porzellan u. v. n. G. m.

J. C. B. Schmehl,
 Auctionator und Taxator.

Versuch macht flug!

Herren-Sohlen u. Fleide von Mark 2,00

Damen- do. u. do. von do. 1,50

Mädchen- do. u. do. von do. 0,90

Alle anderen Reparaturen billigst.

Jede Reparatur wird sofort ausgeführt.

Deutsch-Amerikanische
 Schuhwaaren-Reparatur-Anstalt

Königstr. 48

Ecke Alter Schrang.

Tivoli-Theater.

Donnerstag den 22. Juni.

Novität. Zum 1. Male. Novität.

Um den Schuhengel.

Schwarz in 3 Akten von F. Kruse aus Lübeck.

Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Speise-HalleHansa

Mengstraße 24, I.

Großer Mittagstisch von 11½—2 Uhr.

à Person 40 und 50 Pf.

Abendessen von 6—9 Uhr.

à Person 30 und 40 Pf.

Bratenflockalz

à Pfund 50 Pf.

in vorzüglicher Güte

empfiehlt

Heinr. Viereck,

Silgstraße 96.

Sohleder, Kuhleder, Vacheleder

in ganzen Häuten und im Ausschnitt

zu billigen Preisen.

C. Kahns, Leiderhandlung,

Mengstraße 5.

Gute gelbflockende Kartoffeln

10 Liter 30 und 40 Pf.

Niebuhr, Schützenstraße 32 a.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 143.

Donnerstag, den 22. Juni 1899

6. Jahrgang.

Das Attentat auf die Gewerkschaften!

Wp. Wem verdankt die deutsche Arbeiterklasse die Streik-Vorlage? Es würde nicht schwer fallen, als Antwort darauf bestimmte Namen zu nennen. Sie sind auch genannt worden, bis auf den Schärmacher Stumm und den Pastor von Hodelschwingh. Und doch, so wenig an dieser Vorlage der persönliche Rüstsich zu erkennen ist, so sehr wäre es ein Irrthum, hinter ihr nur den Einfluss dieser oder jener Persönlichkeit zu suchen. Warum kommt man uns denn auf einmal mit einem Gesetz gegen die Gewerkschaften, während dem man bis jetzt nur immer und immer wieder die Sozialdemokratie bekämpft hat?

Man hat herausgefunden, daß schon im Juni 1897, also vor zwei Jahren, Freiherr von Stumm die Streikvorlage angekündigt hatte. Der Hubert der industriellen Realpolitik hat dabei wieder seinen kapitalistischen Klasseinstinkt, der ihn wiederholt zum Propheten gemacht hatte, glänzend erwiesen. Aber die deutsche Sozialdemokratie war auch diesesmal den kapitalistischen Umlieben weit vorangeilt. Schon im Jahre 1896, also vor drei Jahren, hat die „Sächsische Arbeiterzeitung“ in Dresden die kommenden Dinge vorausgesagt. Sie schrieb in ihrer Artikelserie über die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie: „Jetzt streicht die deutsche Kapitalistenklasse die Gewerkschaften weniger als die Sozialdemokratie. Das Verhältnis wird sich in dem Maße umkehren, als die Macht der Gewerkschaften wächst... Dann wird das Kapital seine wirtschaftliche und politische Macht gegen die Gewerkschaften wenden, wie jetzt gegen die Sozialdemokratie. Wir haben ja jetzt schon Anzeichen dieses kapitalistischen Vorgehens.“

Die Jahre des industriellen Aufschwungs haben den deutschen Gewerkschaften etwas mehr Lust in die Segel gegeben. Wir wissen, daß diese Jahre von einer lebhafteren Streikbewegung begleitet wurden und einem verhältnismäßig nicht unbedeutenden Wachsthum der gewerkschaftlichen Organisationen. Bei alldem muß jeder Unbefangene anerkennen, daß die deutschen Arbeiter keine Extravaganzen begangen, sondern sich in äußerst bescheidenen Grenzen gehalten haben. Sie leisteten nach wie vor Überstunden fast ohne Zahl, und die geringen Lohn erhöhungen, die sie hier und da abgetroffen haben, verschwinden bis zur Unkenntlichkeit vor den riesigen Profiten, welche die Unternehmer in diesen Jahren eingeschöpft haben. Aber selbst durch diese kümmerliche Verbesserung der elenden Lage der Lohnarbeiter sehen sich die Unternehmer in ihrem Ausbeutungsbereiche bedroht — deshalb die Streik-Vorlage.

So hängt das zusammen. Die Streik-Vorlage ist kein persönlicher Akt, sie ist ein Produkt des Klassenkampfes. Und es ist höchst wichtig, daß sich die Arbeiter darüber klar werden. Wenn der Geschäftsgang flauer wird, dann dürfen die Arbeiter gar nicht erst den Mund aufthun, um Lohn erhöhungen zu fordern — dann heißt es, daß sie damit die Industrie ruinieren; wenn aber der Geschäftsgang ein glänzender ist, die Unternehmer sich nicht mehr über die Alles niederschlagende Konkurrenz beklagen können, da die Waarenpreise und die Profite vor allen Augen enorm steigen, dann ist die Antwort auf das beschiedene Verlangen der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, — Streikgesetz! Wo die Heuchelei nicht mehr

weiter getrieben werden kann, tritt die brutale Gewalt schamlos zu Tage. Alle Versuche über Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit werden bei Seite geworfen, und das Kapital gehärdet sich als die politisch herrschende Klasse. Was sind die Verhandlungen des Deutschen Kapitals an den Staaten in dieser Zeit der Industriekrise? Herausgebung der Diskontosätze der Reichsbank, um die Profite steigern zu können, und Buchthaus für Streikende, um die Arbeitslosigkeit drücken zu können. Welche waren die politischen Ergebnisse des industriellen Aufschwungs für die deutschen Arbeiter? Erst trat an Stelle der Sozialpolitik die Kolonialpolitik. Diese haben die Arbeiter mit ihrem Gut und Blut zu bezahlen. Jetzt gesellt sich zur Kolonialpolitik der Buchthauskurs. Also je mehr die Geschäftslage sich bessert, desto mehr wendet sich die Politik des Staates gegen die Arbeiter. Warum das? Weil dieser Staat ein kapitalistischer ist, weil in ihm die Kapitalistenklasse die politische Herrschaft führt.

Unter den Eliten, mit denen die Kapitalistenklasse das Proletariat zu beherrschen sucht, ist die freiste und feigste zugleich, daß sie den Kampf nicht gegen die Arbeiterklasse als solche, sondern bloß gegen „die sozialdemokratischen Heher und Wühler“ führt. Die Streik-Vorlage wird hoffentlich darüber jedem Arbeiter die Augen öffnen. Nicht als Sozialdemokraten werden hier die Arbeiter verfolgt und mit Gefängnis bedroht, nicht wegen ihrer sozialrevolutionären Bestrebungen, sondern einfach weil sie sich vereinigen, um der schrankenlosen Ausbeutung zu trotzen. Das zeigt klar, um was es sich handelt: Die Organisation der Klasse zu bewußten Arbeitern ist es, die am meisten gehasst und gefürchtet wird. So lange diese Organisationen bestehen, zieht es keinen Frieden zwischen Arbeitern und Unternehmern, sondern erbitterten Kampf. Die Illusion, daß die Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft mehr praktische Erfolge erzielen könnten, wenn sie ihren sozialrevolutionären Standpunkt weniger schroff zur Geltung bringen wollten, wird durch diesen politischen Feldzug gegen die Gewerkschaften gründlich zerstört.

Wenn man die Gewerkschaften scheinbar wohlwollender behandelt, als die Sozialdemokratie, so war es nur deshalb, weil man sie weniger fürchtete. Der jetzige Kampf gegen die Gewerkschaften ist ein Zeichen ihrer Erstarkung, ihrer Steigenden Macht. Insofern ist die Streikvorlage ein vorzügliches Agitationsmittel für die Gewerkschaften. Welcher aufgelärtte Arbeiter wird noch über den Nutzen der Gewerkschaften zweifeln, wenn er sieht, daß die Kapitalistenklasse zu den gewagtesten gesetzgeberischen Experimenten greift, um ihre Entwicklung zu hindern? Da es die Furcht vor der Macht der Gewerkschaften ist, welche die Streikvorlage diktiert hat, so ist unsere Antwort darauf: Mehr Macht! Das heißt: Mehr Organisation! Jetzt wollen wir erst recht die gewerkschaftlichen Organisationen ausbauen. Die Streik-Vorlage soll uns der Ansporn sein, wie es das Sozialengesetz war, um die politische Partei groß zu machen. Es mag hier nicht unerwähnt bleiben, daß die vielen Protestversammlungen, die jetzt abgehalten werden, eine vorzügliche Gelegenheit darbieten, um Mitglieder für die Gewerkschaften zu werben. Jeder Versammlungsbetreuer, der gegen die Buchthaus-Vorlage protestiert, muß, wenn er konsequent sein will, auch seiner Gewerkschaft beitreten. Wenn die Bitten und

Forderungen der Gewerkschaften sichfüllen, so verstärkt das nicht nur den Protest gegen die Regierungsvorlage, sondern, was viel wichtiger ist, dadurch sammelt sich jene Macht, welche allein im Stande ist, die Vorlage, falls sie Gesetz wird, zu überwinden. Wodurch hat die Sozialdemokratie das Sozialengesetz überwunden? Durch ihr unablässiges Wachsthum. Wodurch würden die Gewerkschaften das Streikgesetz überwinden? Nur das, was trotzdem und trotzdem sich weiter auszudrücken wünschen. Suchen wir aber jetzt schon, dem so weit wie möglich vorzuarbeiten — so untergraben wir dem Gesetz zu einem guten Theil den Boden, noch bevor es in Wirkung treten wird.

Wir fürchten die Vorlage nicht, dieses Gesetz, wenn es dazu kommt. Wir pfeifen darauf, wie wir auf das Sozialengesetz aepfßen haben. Gewiß wäre das eine neue, sehr biegsame und schwierige Handhabe für eine in Deutschland genug bekämpfte Klassenkampf. Gewiß würden unter diesen Umständen Opfer fallen. Aber wer glaubt, auf diese Weise die gewerkschaftliche Bewegung aufzuhalten zu können, der kennt die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht, deren jedes Blatt den Beweis liefert, wie proletarischer Opferwill über kapitalistische Brutalität steht.

Man hätte sich aber, in einem Lande des allgemeinen gleichen Wahlrechts der Arbeitern, dazu deutlich vor die Augen zu führen, wie sehr es für sie notwendig sei, daß sie die politische Herrschaft im Lande aufzubauen. Oder denkt man vielleicht davon, auch mit dem Reichstagswahlrecht fertig werden zu können? Mag sein, daß man sich in dem Moment keine Klassenschaft darüber giebt. Jedoch das ist sicher, wie die Streik-Vorlage fällt, wird, wird die Gefahr für das allgemeine gleiche Reichstagswahlrecht wieder aufkut.

Mag kommen, was will, die deutsche Arbeiterklasse hält treu zusammen, und darin liegt für alle Fälle die Gewähr des Sieges. Unsere Lösung ist und bleibt:

Organisation!

Soziales und Parteileben.

Protokoll der Verhandlungen des 3. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten in Frankfurt a. M. - Bockenheim vom 8. - 13. Mai 1899. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legion, Hamburg 6. Die Schrift enthält eine fast wörtliche Wiedergabe der Verhandlungen des für die deutsche Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung überaus wichtigen Kongresses. Diese Verhandlungen sind in der Zeit des Buchthauskurses um so bedeutsamer, als aus ihnen hervorgeht, daß es ein geradezu gemeingefährliches Treiben ist, wenn die Unternehmer die Regierung dazu drängen, eine Ausnahmegefegebung gegen die Arbeiterorganisationen zu schaffen. Deswegen ist die Lektüre des Protokolls Freunden wie Gegnern der Arbeiterbewegung dringend zu empfehlen. Der Preis der 14½ Bogen starken Schrift beträgt im Buchhandel 1 Mk. Mitglieder der Arbeiterorganisationen erhalten dieselbe durch die Vertrauenspersonen resp. durch das Gewerkschaftskartell unter dem Selbstkostenpreis für den Betrag von 25 Pfsg.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Vom Klub der Harmlosen berichte das „B. T.“, in den letzten Tagen hätten zahlreiche Vert

stimmt Ihr zu, daß wir morgen früh in den Bergwald gehen und den Taras im Namen des Dorfes hierher berufen, den Frevel zu rächen? Und verpflichtet Ihr Euch, ihm zu helfen?“

Alle Hansväter stimmten zu, obgleich viele bangen, widerstreben Herzens. Aber sie wagten es nicht, sich der herrschenden Meinung entgegenzustimmen.

Der Pope erschien erst am Dienstag Morgen, nachdem die Beiden bereits ihren Weg angetreten, und geriet in peinlichen Widerstreit der Empfindungen. Sollte er die Sache dem Hauptmann anzeigen und hierdurch die Massregeln gegen das Dorf verschärfen, die beiden braven unbescholtenen Menschen in den Kerker liefern? Sollte er schweigen und das Unheil geschehen lassen? Das Letztere erschien ihm als das größere Unglück; er theilte dem Hauptmann den Beschlüß mit, doch ohne die Namen der Böten zu nennen.

Der Offizier lächelte. „Ich weiß seit gestern Abend Alles“, sagte er, „auch das, was Sie mir verschweigen und Einiges dazu, was wahrscheinlich erlogen ist.“ Der Korporal Konstantin Turenko war bei mir. Seien Sie ruhig, Herr Pfarrer, ich habe meine Maßregeln ohnehin mit der äußersten Vorsicht getroffen, und die Anzeige war mir daher nutzlos, da ich keinen weiteren Gebrauch von ihr mache. Jeder überflüssige Zwang soll vermieden bleiben. Und darum werde ich trotz der Warnung des Korporals gestatten, daß dem heutigen Leichenbegängnisse des Schmiedes folge, wer da will.“

In der That verließ das Begräbnis ohne jede Störung. Der Pope begleitete den Conduct, doch unterblieb auf Wunsch der Witwe die gebräuchliche Rede. „Meinem Marko“, sagte sie, „soll die Rede erst später in's Grab nachkommen, nicht in Worten, sondern in Schüssen.“

Am Abende dieses Tages gingen abermals zwei Männer, Alaga Sembrow und der Greis Wilko Sembratowicz, von Hütte zu Hütte: „Es ist Nachricht gekommen, daß morgen

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(50. Fortsetzung.)

Machdruck verboten.

Die Ahnung trog ihn nicht. Gegen die dritte Morgensonne kam ein Bote, er möge mit dem Sakramente zur Schnieide kommen, Marko liege im Sterben. Der trostlose Hline, der noch vor wenigen Stunden seine Knabensonne so tapfersturzhaft erhoben, war nun verstummt für immer. Er hatte sich vor der Schänke den Reitern entgegen geworfen, war durch einen Säbelhieb verwundet worden und dann blutend heimgeslichtet. Auf der Flucht erreichte ihn ein tödlicher Schuß in den Rücken; noch konnte er sich heimzleppten, aber nur, um da zu sterben. Der Pope versuchte das Weib zu trösten, welches in starrem, thränenlosen Schmerz die Leiche umfaßt hielt. „Schweig“, erwiderte sie finster, „es gibt nur einen Trost für mich: ich werde seine Flinte zu gebrauchen wissen, wenn wir unsere Rechnung mit den Schergen machen.“

Derselben Stimmung begegnete der Pope überall, als er im Morgen grauen den Weg von Hütte zu Hütte machte. Nur Wenige waren verwundet oder beschäftigt, aber Alle von gleichem Nachdruck erfüllt. Diese düstere Ruhe erschreckte ihn weit mehr, als jener wilde Zorn, den er sonst an ihnen gewahrt. „Uns ist Frevel geschehen“, sagten sie, „und wir werden ihn heimzahlen. Wir sind allein zu schwach und haben keinen Führer, aber Taras wird uns nicht verlassen. Er ist heute Nacht nicht gekommen, weil der Mandatär offenbar nicht im Schlosse ist, sonst wäre ja dieser Schurke unter dem Schutze der Bigener gewiß schon hervorgestritten. Aber gleichviel, nun wird Taras um unser willen kommen.“

Um Nachmittage des Ostermontags rückte staubbedeckt und müde die Compagnie Parma - Infanterie ein, welche in Elmärschen aus Czortkow herbeigekommen war. Die Hu-

saren zogen ab, nur der Verwundete blieb in der Schänke zurück. Der neue Kommandant erwies sich als ebenso klug wie human. Nachdem der Pope ihm die Sachlage mitgetheilt, erbot er sich freiwillig, bei der Einquartierung und Verpflegung alle mögliche Mütsicht walten zu lassen. Da das Kasell genügende Räumlichkeiten botte und er vornehmlich zu seinem Schutz beordert sei, so werde er dahin den Hauptthilf der Mannschaft legen. Die Lebriegen müßten freilich auf einem Hofe unterkommen, dem Hofe des Taras: er habe Befehl hiezu. „Es tut mir leid“, folgte der Hauptmann hinzu, „die Familie des Mannes, von der er mir so viel erzählt, gerade auf diese Weise kennen zu lernen.“

„Sie kennen den Taras?“ fragte der Pope ganz erstaunt.

„Ja. Mein Name ist Eugen Stanczik. Ich war Dolmetscher bei seinen Wiener Audienzen.“

Mit schenem Grimm sahen die Bauern zu, wie die „Wehrköte“ in ihre Quartiere zogen, und ihr Grimm steigerte sich noch, als sie erfuhren, daß der Hauptmann ein Huthene, ein Popersohn sei. Ähnlich benahm sich Amusia. Sie empfing den Offizier, der seine Leute selbst führte, mit kalter Ruhe, aber als ihr der Pope zuflüsterte, es sei der selbe Mann, von dem Taras erzählte, schrak sie heftig zusammen und ihr Antlitz verdüsterte sich.

„Was heißt Du nur?“ fragte der Pope erstaunt. „Dieser Mann wird Dir keine Unbill zufügen. Hat er sich nicht gegen Taras sehr freundlich betragen?“

„Geben darum“, stieß sie hastig hervor. „Es tut mir leid um ihn.“ Dann aber preßte sie ihre Lippen zusammen und wendete sich rasch ab.

Am selben Abend gingen jene beiden Männer, welche sich Tags zuvor so heftig über die Haltung des Dorfes befehdet, Bassili, der Fleischer, und Kristo Pomento, einträchtig zusammen von Hütte zu Hütte und fragten an: „Eine Versammlung kann der Wehrköte wegen nicht stattfinden, und darum erkunden wir einzeln Eure Meinung:

nehnungen von Offizieren und Gutsbesitzern aus Berlin und Umgegend statigfunden. Auf neue Spuren wurde man geführt durch Geheimnisse eines Gärtners und eines ehemaligen Kammerdieners, die im Club eine Rolle gespielt haben sollen, und zwar als Geldmänner und Vermittler. Einem jungen Adligen sollen sie ein Darlehen von 100 000 Mark vermittelt haben, das auf einen Wechsel über 200 000 Mark gegeben wurde. — Die Studirenden des Mittwoch der Technikum haben beschlossen, die Vorlesungen bis auf weiteres nicht mehr zu besuchen. Gründe hierfür sind:

1. Die von der Direction nicht bewilligte Abflegung eines Lehrers, der sich seitens der Technikum nicht der arbeitsamen Unselbstlichkeit erfreut. Diese ist hervorgerufen durch die grohe Ungerechtigkeit und Parteilichkeit dieses Herrn seinen Hörern gegenüber. 2. Die allgemeine als ungerecht angesehene Ausweitung eines Studirenden von obigem Institut. Die Ausständigen sind entschlossen, die Vorlesungen nicht eher zu besuchen, als bis für sie ein günstiger Bescheid von Seiten des Direktoriums erfolgt ist. — Das Gericht, daß der Kapitän Ehre vom Stettiner Dampfer „Wolfsburg“ verhaftet worden sei, bestätigt sich nicht. Alsch zu demselben war der Umstand, daß der Kapitän wegen des Kufalles einen längeren Verhöre unterzogen wurde. — Der Maler Theodor Heine (vom „Simplicissimus“) verbüßt seine sechsmonatliche Festungshaft seit Ende März auf der sächsischen Festung Königstein. — In einem Garten-Restaurant der in der Nähe von Brag gelegenen Ortschaft Pödhor ging auf bisher unaufgeklärte Weise der Karabiner eines Grenzgarnisons los, wodurch ein Wuster getötet und zwei verwundet wurden. — In Neisse wurde nach achtstätigem Verhandlung der Exzessivierer Verzone zu 17½ Jahren Zuchthaus verurtheilt. Er hatte die Känein Bonzi aus Furcht vor angedrohten Verleumdungen durch Hammerstöße ermordet und den Leichnam in einen Graben geworfen. — Die Stadt Nowograd-Wolynski im Gouvernement Wolynien ist durch eine furchtbare Feuersbrunst gänzlich eingehäuft worden. Das Feuer war an allen Ecken ausgelegt. Das Glend ist entsetzlich; 500 Familien sind obdachlos. 8 Personen werden vermisst. — Aus Warschau, 17. Juni, meldet die „Post“: Im Dorfe Zielozem in Noworadomsk wurde ein Hans durch einen Blitzeinschlag entzündet. Eine Frau und drei Kinder verbrannten, weil der Gang durch eine angezogene Luke verpeert wurde. — Der Dampfer „Mauritius“ aus Glasgow, welcher sich auf der Reise von Koska nach England befand, stieß in der Nacht zum Montag mit dem Danziger Dampfer „Artushof“, der von Blyth nach Danzig fuhr, zusammen. Bein Minuten nach dem Zusammenstoß sank der „Artushof“. Beim Manu der Besatzung, darunter der erste Maschinist, sind ertrunken. Der Kapitän und sieben Mann wurden von dem „Mauritius“ aufgenommen, welcher hier mit starken Beschädigungen am Bug eingelaufen ist.

Der Rock des Volksvertreters. In einer Reihe von Münchener Zeitungen war der Entzerrung Ausdruck gegeben, daß der bayerische Bauernbundsführer Wieland beim feierlichen Schluss des Landtages nicht nur nicht im schwarzen Rock, sondern im Werktaganzug — wie er in den Stall geht, sagt ein Blatt — erschien sei und sich ungewisst ganz vorne breit gemacht habe. Daraufhin erläßt nun Wieland in den Bauernbundesblättern folgende Erklärung:

„Unrichtig ist, daß ich im Werktaganzug erschien, da ich eine gewis außändige Sonntagsmontur trug. Nichtig ist, daß ich keine Ursache finde, als Abgeordneter, daher als freier Vertreter des Volkes, mir den Anzug eines gehorsamen Dieners gegen die außändige Montur eines freien bayerischen, konstitutionell geführten Staatsbürgers einzutauschen. Denn, wenn jeder Stand in seiner Tracht oder Uniform erscheinen darf, warum soll mir als Bauern das nicht gestattet sein? Ich glaube denn doch noch nicht, daß man sich als Bauer zu schamen oder zu fürchten habe oder daß der Bauer sich in seinem Anzug überhaupt nicht mehr sehen lassen darf. Franz Wieland, Bauer in Hierlach.“

Der Mann hat vollständig Recht. Er trug, wie ein Münchener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ schreibt, tatsächlich seinen Sonntagsanzug, dunkelgraublauenes Jackett mit gleicher Hose und Weste. Er drängte sich auch nicht vor, sondern befand sich auf seinem ständigen Kammerstube.

ein Schreiber eintrifft, um wegen der Rede des Taras zu vernehmen. Wohl hat uns Taras selbst erlaubt, zu verbreiten, was er gesagt, aber was in der großen Versammlung gesprochen wird, darf keinen Schreiber kümmern. Es ist unsere Meinung, jegliche Antwort zu verweigern, stimmt Ihr zu?“ Auch diesmal waren Alle einverstanden und leichteren Herzens als am Tage zuvor.

Während sich so die Bewohner von Bulawee rüsteten, die Thätigkeit des Kreiscommissärs recht erschrecklich zu machen, rollte eben Herr Ladislaus Kapronski im leichten Wägelchen inmitten zweier bewaffneter Polizisten und in Begleitung eines Haugisten aus Kolomea den Bergen zu. Da ihm seine Würde nicht vom Gesicht abzulösen war, so blieb mancher Bauer, der dem Wägelchen begegnete, um Begegnen und murmelte halb neugierig, halb mitleidig: „Was wohl der kleine Herr angestellt haben mag?“ Der Irrthum war verzeilich. Herr Kapronski glich in der That, während er so dahinschritt, in Haltung, Geberde und Gesichtsausdruck traurig einem armen Sünder, der auf frischer That ertappt worden und nun erbarmungslos dem Urte entgegengeführt wird, also „Heulen und Zähneklappen“.

Auch die Morgensonne brachte ihm keinen Mut. Denn nun kam er ja dem fürchterlichen Dorfe immer näher, und vielleicht zeigte es sich schon im nächsten Augenblicke, daß Taras inzwischen die Garnison gemordet! Er atmete auf, als er endlich gegen die zehnte Vormittagsstunde am Holzbrücklein über den Bruth der ersten Patrouille begegnete. Ihr Führer, ein Korporal, versicherte ihm etwas erstaunt, die ganze Compagnie lebe noch und die Bauern seien ruhig.

Während er die Höhe hinan fuhr, entwarf er seinen Feldzugsplan. Vor Allem mußte er das Weib des Taras unter vier Augen zu sprechen suchen. „Denn“, sagte sich der Gute, „der Rath des Mandatars ist zwar ungetreulich, aber praktisch, und wer in meiner Lage ist, darf nicht viel nach Formalitäten fragen.“ Er befahl, zuerst zum Hause des Taras zu fahren, ließ aber, zum großen Erstaunen seiner

Gewiß wird ein Civilist, dessen Gesellschaftsformen den Gebrauch des schwarzen Rockes oder Frackes mit sich bringen, bei feierlichen Gelegenheiten sich dieses Kleindels bedienen. Der Bauer, der Abgeordneter ist, und als Kostüm auch sonst keinen schwarzen Rock trägt, kann und darf bei Niemandem Anstoß erregen, wenn er an den Alten des Landtages nicht im städtischen Staatskostüm erscheint. Wenn er anständig, wenn er so gekleidet ist, wie man in der Heimat festlich erscheint, hat er keinen Respekt und keinen Anstand verloren, und es ist traurig und beschämend, daß ihm darans bürgerliche Organe einen Vorwurf machen.

Ein Regimentsbefehl über eine durchgegangene Frau. Es scheint in der französischen Armee Brauch zu werden, daß die Offiziere die Truppen, welche sie kommandieren, an ihren privaten Leiden und Freuden teilnehmen lassen. Wenn einem Offizier etwas Unangenehmes passiert ist, so erleichtert er sein bedrücktes Herz dadurch, daß er einen Bericht über das Ereignis beim Appell verlesen läßt. Namentlich Sitzungen, deren Ansichten die Herren Offiziere nicht thun, werden in dieser Weise vor der Front beschimpft. Alles bisher Dagewesene aber übertrifft folgender Regimentsbefehl, welchen die „Aurore“ mittheilt:

Offiziere, Unteroffiziere, Korporale und Soldaten!

Das Regiment ist eine Familie.

Wenn diese Familie in der Person ihres Oberhauptes getroffen wird, müssen Alle, welche zu ihr gehören, den Schlag fühlen, der auf den Obersten, ihren Vater, niedergefallen ist.

Ein Elender, der unmöglich ist, die Spannketten zu tragen, hat mein Vertrauen missbraucht, indem er das Dach, unter dem ich ihn empfang, entehrte und meine Frau, seine Mitschuldige, dazu bestimmte, mit ihm zu entstehen.

Ich habe vor den bürgerlichen Gerichten Klage erhoben, da der gegenwärtige Zustand der Gesetzgebung es mir nicht erlaubt hat, die beiden Mitschuldigen vor die Militärgerichtsbarkeit zu stellen.

Aber diese Satisfaktion würde mir nicht genügen, wenn ich nicht noch eine weitere Pflicht erfüllte. Und ich erfülle diese Pflicht, indem ich Euch um mich versammle, um Euch zu sagen, daß die Kuh, die ich zu hüten habe, unberührt bleibt und daß ich nicht aufhören werde, den drohenden Weibern Trost zu bieten, die sich über unserm Haupt zusammenziehen.

Diese Erklärung soll in ordnungsmäßiger Weise meinen Untergaben bekannt gemacht werden, und ich bin der Ansicht, daß eine solche Erklärung unter diesen Umständen für die beiden Misselöcher, die sie betrifft, eine Abwendung bilden wird, die ihrem Fehltritt angemessen ist, und daß Ihr Euch alle ihr anstehlichen werdet, indem Ihr den Berrath verdammt, dessen Opfer ich bin.

Der gegenwärtige Tagesbefehl wird in allen Kompanien bei einem Gemeinschaftsappell durch den kommandirenden Hauptmann vor der Front verlesen werden, und acht Tage lang wird er jeden Abend von neuen vor dem Peloton verlesen werden, welches das traurige Fundividuum kommandierte, das ich nicht mit anderen Worten zu bezeichnen wünsche.

Vor und nach der Verlesung dieses Tagesbefehls wird die Wurst an Stelle der als „Mallouahymne“ dienenden Marschlaufe, die nur zu oft von den Revolutionären und den Roterufen in Anspruch genommen wird, das alte Lied von der Wutgu Horenje spielen, welches besser zu dem Blutlaufe passt und auch eher geeignet ist, die ruhmvollen Erinnerungen der Vergangenheit wachzuhalten.

Der Oberst

Graf de la Panoplie.

Wahrscheinlich ist dieser ganze Tagesbefehl nur eine wilige Erfindung der „Aurore“, um das Treiben gewisser französischer Offiziere zu verschleiern. Aber wenn man auf der andern Seite verfolgt hat, was eben diese Herren in der letzten Zeit getrieben haben, so muß man sagen, daß der Tagesbefehl, trotz des singulären Namens des Obersten, auch ganz gut wahr sein könnte.

Sprecht nicht böß vom Sozialistengesetz, wenigstens nicht im schönen Dresden, denn das duldet die Polizei nicht! Genosse Eichhorn, Redakteur der „Säch-

Begleiter, ziemlich fern von der Pforte halten und begab sich allein in's Haus. Sein Herz kloppte ungestüm auf diesem Gange. „Es ist gewiß ein gefährliches Weib,“ murmelte er, aber das war nun einmal nicht zu ändern.

Das Glück war ihm günstig. Anna war allein in der Wohnstube. Sie musterte den Mann, der sich offenbar vor Furcht nicht zu fassen wußte, finstrem Blickes.

„Ich bin der Kreiskommissär,“ begann Herr Kapronski.

„Ich erinnere mich!“ sagte Anna. „Was steht zu Diensten?“

Der Ton dieser Worte, der Blick, von dem sie begleitet waren, waren nicht geeignet, den Reuth des Commissärs zu erhöhen. Gleichwohl rüstete er sich gewaltsam zurück und sagte hastig: „Ich habe eine Befehlshaber des Kreisamtes an Dich auszurichten. Dein Mann hat Nachloses begonnen. Ihn können wir schwer erreichen, aber Dich, Deine Kinder und diesen Hof sehr leicht. Wenn Taras gegen mich, wohlverstanden, gegen mich oder gegen jemand Anderen auch nur den Finger erhebt, so verfällt dieser Hof dem Kaiser, Du selbst dem Gerichte. Wir wissen, daß Du mit ihm in Verbindung stehst, sage es ihm.“

Das Weib hatte die Worte ruhig angehört, als brächten sie ihr eine höchst gleichgültige Kunde. „Ja, ja,“ murmelte sie, „ich kenne Euch! — Es ist gut, Schreiber,“ fuhr sie laut fort, „ich werde es nach Eurem Wunsche sagen lassen.“

„Aber bald?“

„Sogleich!“

Kaich war Herr Kapronski an der Thür und eilte auf seinen Wagen zu. „Das ist gnädig abgelaufen“, dachte er erfreut. „Ein ganz vernünftiges Weib. Freilich sollte man ein wenig aufpassen, wer denn eigentlich als Bote zum Taras geht — es wäre die bequemste Gelegenheit, seinen Aufenthalt zu erkunden, und diese Entdeckung würde mir gewiß viel Lob vom Kreishauptmann einbringen. Doch nein — lieber nicht. Wir wollen das gute Weib in ihrer vernünftigen Berrichtung nicht stören.“ (Fortsetzung folgt.)

sozialistischen Arbeiterzeitung, welcher sich in der großen Protestversammlung im „Trianon“ erfreut hatte, das Sozialistenverein ein Schanzen zu nennen, soll, weil er groben Unfug damit verbüßt habe, sieben Tage sitzen. Der § 33 Absatz 11 ist bekanntlich, wie Jungfernheims Gingerth, zu mancherlei Dingen gut, wenn auch Niemand von den freiwilligen Versammlungen bejubeln sich durch die Bezeichnung des Ausnahmegesetzes beruhigt gefühlt hat; es genügt schon, daß einer der beiden Kommandirten Polizeibeamten Aergerlich an dieser Messheitlosigkeit vor einer ehemaligen Staatsbehörde genommen hat, und der große Unfug nach Ansicht der Polizei ist fertig. Genosse Eichhorn denkt indes nicht daran, die 7 Tage ohne Weiteres hinzunehmen — er wird Widerspruch erheben — es wird sich zeigen müssen, ob die sächsischen Gerichte den Ausschauungen der Polizei beitreten.

Staudesamtliche Nachrichten.

Vom 11. bis 17. Juni 1899.

Geburten.

a) Namen, Namen und Beruf des Vaters.

6. Juni. Zimmergeselle Carl Rudolf Kollon. Zimmergeselle Johannes Heinrich Friedrich Wölter. 7. Arbeitssmann Heinrich Johann Joachim Nebel. Arbeitssmann Ludwig Heinrich Wilhelm Oldhol. 8. Arbeitssmann Carl Johann Heinrich Martin Schwerm. Kaufmann Louis Hammer Schmidt. 9. Geschäftsbetriebsleiter Johann Lorenz Jevsen. Arbeitssmann Heinrich Peter Friedrich Sager (Kremmendorf). Tischergeselle Johann Heinrich Venthin. 10. Keramischer Johann Christian Karl Tiedemann. Arbeitssmann Daniel Heinrich Friedrich Fabrich. 11. Kaufmann Gustav Adolf Degener. Kaufmann August Wilhelm Adolph Carl Westel. 12. Matrosen Friedrich Carl Heinrich Levy. Kaufmann Hans Anton Heinrich Bottsch. Kaufmann Paul Heinrich Wilhelm Nolte. Beamter der Deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaft Robert Gottlieb Ludwig Voigt. 14. Maurergeselle Heinrich Johann Friedrich Dehloff. 15. Polomotthäuser Heinrich Ernst Julius Fischer. Arbeitssmann Johann Wölzig. 16. Schlossergeselle August Wilhelm Carl Kerstenhann. Mälzerhälse Johannes Groß.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

3. Juni. Kaufmann Victor Hermann Ottomar Knob. 5. Gartnergeselle Wilhelm Christian Heinrich Nehls. Ediger Johanna Peter Wilhelm Hundt. Architekt und Zimmermeister Heinrich Johann Christian Wölk. 6. Juhefrau Julius Konrad Friedrich Wölding. Arbeitssmann Hermann Heinrich Joachim Schneider. Schneider August Christian Martin Johann Wegner. 8. Kutschler Johann Heinrich Rohrlach. Kaufmann August Julius Johann Burmester. 11. Baharbeiter Eduard Ludwig Buchwaldt. Arbeitssmann Johann Heinrich Neisenhoff. Bildergeselle Hermann Johannes Nussbaum. 12. Hoboist-Herzogtum Adolphe Augustus. Zimmermann Eisenbahn-Wagenschleifer Heinrich Joachim Christian Brüggemann. 13. Vice-Feldwebel Friedrich Heinrich Leopold Schäfer. 14. Schupmann Johann Joachim Friedrich Dreyer. 15. Kellner Gustav Döhring. Schornsteinfegergeselle Heinrich Johann Peter Möller. 17. Arbeitssmann Wilhelm Johann Karsten (Wohlenshöhe).

Sterbefälle.

10. Juni. Christian Tiedemann, 1 Sib Handlungstreiber. Friedrich Heinrich Franz Arndt, 28 J. Wilhelmine Berg, 1 M. Elisabeth Wilhelmine Laura Dorothea Baas, 8 M. Privatmann Heinrich Johann Hermann Bon, 78 J. Ein todgeborenes Mädchen, Vater: Küchler Wilhelm Theodor Martin Dettmann. Clara Wilhelmine Ellinghaus, 2 J. 12. Josefa geb. Igl, Chefarzt des Bauausschusses Philipp Wilhelm Wölk, 57 J. Sophie Louise Anna Frieda Hedwig Viernau, 6 M. Eisbacher Anna Christine Heyden, 2 M. Versicherungsbeamter Johann Joachim Christian Hotz, 79 J. Musiker Johann Heinrich Friedrich Bielefeldt, 80 J. 13. Henri Wilhelm Horn, 27 J. Otto Theodor Johannes Moede, 4 M. Marie Luise geb. Siebert, Wittwe des Käfers Carl Johann Heinrich Stender, 84 Jahre. Arbeiter Johann Heinrich Christoph Schuppenhauer, 72 J. 14. Arbeiter Hans Ulrich Brandt, 71 J. Haupt-Bollamtsschreiber Karl Friedrich Wilhelm Meyer, 60 J. Hedwig Böttcher, 11 J. 15. Johannes Matthias Ferdinand Wohlbach, 60 J. Auguste Wohlbach, 6 M. Ein lediges Käufe, Vater: Polomotthäuser Heinrich Ernst Julius Fischer. 16. Pauline Auguste Florentine geb. Richter, Witwe des Ingenieurs Adolf Engelbert Becker, 49 J. Wilhelmine Friederike geb. Bröck, verw. Ertzman, Chefarzt des Kaufmanns Georg Conrad Schalbaeuer, 77 J. Martha Auguste Kapau, 15 J. Doris Auguste Minna geb. Ertzel, Chefarzt des Höfers Johann Carl Wilhelm Böss, 27 J. 17. Carl Friedrich Heinrich Wusten, 1 J. Kellner Christian Wilhelm Johann Böhl, 24 J.

Angeordnete Aufgebote.

Juni 12. Schlosser Oskar Max Christoph und Dorothea Margaretha Wölk, beide zu Moisling. Steuermann Christopher Friedrich Hinz, an Bord des Dampfers „Mimi“, und Clara Maria Christine Albertine Scheel. Stationsassistent August Karl Johann Theodor Dahne und Frieda Julia Louise Oldenburg. Arbeiter Carl Joachim Friedrich Wölk und Sophie Elisabeth Dorothea Möller. Gutsrächer Carl Georg Eduard Friedrich Drenckau. Dehe und Anna Georgine Marie Wilhelmine Agnes Gebhard Lüthograph August Nicolaus Friedrich Möller und Anna Maria Paustian. Arbeiter Carl Heinrich Wilhelm Haack und Johann Elisabeth Sophia Böttcher. Arbeiter Johannes Heinrich Friederich Steffen und Marie Elisabeth Stuntat zu Groß-Welenberg. 18. Handlungsgeselle Julius Christian Thomas Heinrich Ulrich und Louise Catharina Maria Grevamhl zu Schönberg. Arbeiter Hans Joachim Carl Friedrich Oldenburg und Luise Elisabeth Catharina Voigt zu Schönberg. Schmied Joachim Peter Wilhelm Baars und Anna Maria Engel Horstmann zu Garolow. 14. Feuerwehrmann Carl Heinrich Wilhelm Beckmann und Marie Dorothy Emma Schulz zu Trauenlande. Tapetier Georg Theodor Friedrich Denter und Maria Sophia Dorothea Vollert. Arbeiter Heinrich Johann Friedrich Lew und Anna Christine Elisabeth Ahrens. Sergeant Julius Karl Friedrich Berg und Johanna Friederike Christiane Kasdorf zu Rostock. Träger Johann Joachim Christian Heitmann und Maria Dora Margaretha Sternhagen zu Marienwohlde. Arbeiter August Heinrich Wilhelm Steffens und Betty Maria Brösen zu Rensefeld. 15. Schlosser Carl Louis Wilhelm Vollmann und Anna Maria Catharina Schacht zu Mölln. Arbeiter Wilhelm Friedrich Heinrich Holst genannt Schelpen und Bertha Maria Henriette Schulz. Eisenbahn-Expeditions-Assistent Franz Friedrich August Derssen und Anna Bohnac. Schlosser geselle Carl Max Seifert und Sophie Anna Henriette Reher zu Rennensbusch. 16. Sergeant Karl August Wilhelm Haberklost und Wilhelmine Henriette Lisette Wöller zu Rostock. Tischergeselle Josef August Rosiol und Marie Elisabeth Man. 17. Büchhalter Friedrich Heinrich Carl Schröder und Wilhelmine Caroline Marie Hener. Tapetier Johannes Heinrich Gottfried Windmühlen und Maria Sophie Dorothea Henriette Christine Goedele. Arbeiter Klaus Friedrich Paul Schoess und Gretchen Emma Johanna Martha Kühn zu Penlow.

Geschäftsleitungen.

Juni 12. Arbeiter Adolph Christian Dose zu Möhlhof amb. Anna Gerszat. 15. Arbeiter Johann Jakob Weigand und Henriette Dorothea Margaretha, geborene Seeler, des Kolporteurs Johann Emil Scheller Wittwe. 17. Arbeiter Paul Andreas Theodor Zimmer und Anna Magdalena Wiggers.